



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2020/3714

Der Oberbürgermeister

I/02-201-01-72-14-ho

Dezernat/Fachbereich/AZ

28.07.2020

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Finanz- und Rechtsausschuss	17.08.2020	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	24.08.2020	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Jahresabschluss 2019 der Sparkasse Leverkusen
- Entlastung der Organe

Beschlussentwurf:

Der Rat beschließt, den Organen der Sparkasse Leverkusen (Verwaltungsrat, Vorstand) für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.

gezeichnet:

Richrath

Schnellübersicht über die finanziellen bzw. bilanziellen Auswirkungen, die beabsichtigte Bürgerbeteiligung und die Nachhaltigkeit der Vorlage

**Ansprechpartner/in/Fachbereich/Telefon: Frau Hohn/Konzernsteuerung/
406- 2242**

(Kurzbeschreibung der Maßnahme, Angaben zu § 82 GO NRW bzw. zur Einhaltung der für das betreffende Jahr geltenden Haushaltsverfügung.)

A) Etatisiert unter Finanzstelle(n) / Produkt(e)/ Produktgruppe(n):
(Etatisierung im laufenden Haushalt und mittelfristiger Finanzplanung)

B) Finanzielle Auswirkungen im Jahr der Umsetzung und in den Folgejahren:
(z. B. Anschaffungskosten/Herstellungskosten, Personalkosten, Abschreibungen, Zinsen, Sachkosten)

**C) Veränderungen in städtischer Bilanz bzw. Ergebnisrechnung / Fertigung von
Veränderungsmitteilungen:**
(Veränderungsmitteilungen/Kontierungen sind erforderlich, wenn Veränderungen im Vermögen und/oder Bilanz/Ergebnispositionen eintreten/eingetreten sind oder Sonderposten gebildet werden müssen.)

kontierungsverantwortliche Organisationseinheit(en) und Ansprechpartner/in:

D) Besonderheiten (ggf. unter Hinweis auf die Begründung zur Vorlage):
(z. B.: Inanspruchnahme aus Rückstellungen, Refinanzierung über Gebühren, unsichere Zuschusssituation, Genehmigung der Aufsicht, Überschreitung der Haushaltsansätze, steuerliche Auswirkungen, Anlagen im Bau, Auswirkungen auf den Gesamtabchluss.)

E) Beabsichtigte Bürgerbeteiligung (vgl. Vorlage Nr. 2014/0111):

Weitergehende Bürgerbeteiligung erforderlich	Stufe 1 Information	Stufe 2 Konsultation	Stufe 3 Kooperation
[ja] [nein]	[ja] [nein]	[ja] [nein]	[ja] [nein]
Beschreibung und Begründung des Verfahrens: (u.a. Art, Zeitrahmen, Zielgruppe und Kosten des Bürgerbeteiligungsverfahrens)			

F) Nachhaltigkeit der Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes:

Klimaschutz betroffen	Nachhaltigkeit	kurz- bis mittelfristige Nachhaltigkeit	langfristige Nachhaltigkeit
[ja] [nein]	[ja] [nein]	[ja] [nein]	[ja] [nein]

Begründung:

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen:

Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband (RSGV) hat den Jahresabschluss der Sparkasse Leverkusen für das Geschäftsjahr 2019 geprüft und den notwendigen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Leverkusen hat die erforderlichen Beschlüsse mit Ausnahme des Vorschlags zur Verwendung des Jahresüberschusses nach § 25 Sparkassengesetz NRW (SpkG) in seiner Sitzung vom 10.06.2020 gefasst. Der Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses wird in diesem Jahr erst in einem Termin ab Oktober 2020 zur Besprechung anstehen. Damit setzt die Sparkasse die am 30.03.2020 geäußerte Erwartungshaltung der BaFin, um, „bis mindestens Oktober 2020 keine Dividenden (zu) zahlen oder Gewinne aus(zu)schütten“. Herr Breuer, Präsident des RSGV, hat die Verwaltungsratsvorsitzenden mit Schreiben vom 20. 04.2020 nachdrücklich aufgefordert, den Erwartungen der BaFin zu entsprechen und frühestens im Oktober über eine etwaige Gewinnverwendung zu entscheiden.

Wirtschaftliche Ergebnisse/Auswertung:

Die Aufwendungen der Jahre 2018 und 2019 der Sparkasse Leverkusen stellen sich wie folgt dar:

	2019	2018	Veränderung Vorjahr
Personalaufwand	36.192 T€	36.778 T€	-586 T€
Andere Verwaltungsaufwendungen	18.254 T€	16.834 T€	+1.420 T€
Abschreibungen	1.209 T€	1.858 T€	-649 T€
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.583 T€	2.933 T€	-1.350 T€

Der Personalaufwand ist im erwarteten Maß gegenüber 2018 gesunken. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 8,9 %. Wesentliche Ursache für den Anstieg ist der anteilige Aufwand für die Stützungsmaßnahmen für die Norddeutsche Landesbank. Im Sachaufwand konnten durch eine konsequente Kostenüberprüfung Einsparungen erreicht werden, durch die unvermeidliche Kostensteigerungen kompensiert wurden.

Die Erträge stellen sich im Vergleich zum Vorjahr folgendermaßen dar:

	2019	2018	Veränderung Vorjahr
Zinsüberschuss und laufende Erträge	54.986 T€	51.925 T€	+3.061 T€
Provisionsüberschuss	19.791 T€	20.460 T€	-669 T€
Sonstige betriebliche Erträge	2.788 T€	6.123 T€	-3.335 T€

Der Zinsüberschuss (einschließlich der laufenden Erträge aus Eigenanlagen, Anteilsbesitz und Gewinnabführungsverträgen) hat sich im Geschäftsjahr 2019 besser entwickelt als erwartet. Zu der Erhöhung des Zinsüberschusses führten, neben einer erheblichen Verbesserung des negativen Zinsergebnisses aus Swapvereinbarungen, auch höhere Erträge aus Eigenanlagen und Beteiligungen. Demgegenüber konnte der Provisionsüberschuss, insbesondere aufgrund gestiegener Provisionsaufwendungen für Vermittlungen im Kundengeschäft, die erwartete leichte Steigerung gegenüber dem Ergebnis 2018 nicht erreichen. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen deutlich unter dem Vorjahreswert, der durch Gewinne aus einigen Immobilienverkäufen positiv beeinflusst war.

Ergänzend sei auf Folgendes hingewiesen:

Ratsmitglieder, die selbst dem Verwaltungsrat der Sparkasse Leverkusen angehören, haben sowohl bei der Beratung als auch bei der Entscheidung über die Entlastung der Sparkassenorgane gemäß § 31 Abs. 1 i. V. m. § 43 Abs. 2 GO NRW kein Mitwirkungsrecht. Dies gilt auch für den Oberbürgermeister.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr waren der Oberbürgermeister und die folgenden Ratsfrauen und Ratsherren im Verwaltungsrat der Sparkasse Leverkusen tätig und unterliegen somit dem o. g. Mitwirkungsverbot:

Oberbürgermeister Uwe Richrath
Bürgermeisterin Eva Lux
Rh. Paul Heibel
Rh. Peter Ippolito
Rh. Rudolf Müller
Rh. Erhard T. Schoofs
Rf. Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Rf. Irmgard v. Styp-Rekowski
Rh. Sven Tahiri
Rh. Karl Schweiger
Rh. Rüdiger Scholz
Rh. Bernd Miesen
Rf. Roswitha Arnold

Abschließende Hinweise:

Die Abschrift des Beschlusses des Verwaltungsrates vom 10.06.2020, die Bilanz zum 31.12.2019, die Gewinn- und Verlustrechnung 2019, der Lagebericht 2019 sowie der Anhang 2019 sind als Anlagen 1 bis 5 beigefügt.

Anlage/n:

Anlage 1 - Abschrift Verwaltungsratsbeschluss (ö)
Anlage 2 - Bilanz 2019 (ö)
Anlage 3 - GuV 2019 (ö)
Anlage 4 - Lagebericht 2019 (ö)
Anlage 5 - Anhang (ö)

Der Bilanzprüfungsausschuss

Sitzung des Verwaltungsrates Nr. 3/2020 am 10. Juni 2020

Vorlage zu Top 2 der Tagesordnung

Jahresabschluss 2019 der Sparkasse Leverkusen

Der Verwaltungsrat ist gemäß § 15 Abs. 2 Buchstaben d) und e) Sparkassengesetz NW u. a. zuständig für

- die Feststellung des Jahresabschlusses,
- die Billigung des Lageberichtes,
- die Billigung des nichtfinanziellen Berichts (Nachhaltigkeitsbericht) sowie
- den Vorschlag zur Entlastung der Organe.

Der Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses nach § 25 Sparkassengesetz wird in diesem Jahr erst in einem Termin ab Oktober 2020 zur Besprechung anstehen. Damit setzt die Sparkasse die am 30. März 2020 geäußerte Erwartungshaltung der BaFin um, „bis mindestens Oktober 2020 keine Dividenden (zu) zahlen oder Gewinne aus(zu)schütten“. Herr Breuer, Präsident des RSGV, hat die Verwaltungsratsvorsitzenden mit Schreiben vom 20. April 2020 nachdrücklich aufgefordert, den Erwartungen der BaFin zu entsprechen und frühestens im Oktober über eine etwaige Gewinnverwendung zu entscheiden. Das Schreiben ist der Vorlage beigelegt.

Der Jahresabschluss 2019 wurde ausführlich im Bilanzprüfungsausschuss vorbesprochen. Es haben sich hierzu keine besonderen Anmerkungen oder Feststellungen ergeben.

Der Bilanzprüfungsausschuss empfiehlt dem Verwaltungsrat, die folgenden Beschlüsse zu fassen:

- 2.1 Der Jahresabschluss zum 31.12.2019 der Sparkasse Leverkusen wird festgestellt mit
 - einer Bilanzsumme von 3.676.032.625,39 Euro
 - einem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 2.847.259,97 Euro
- 2.2 Der Lagebericht 2019 wird gebilligt.
- 2.3 Der Nachhaltigkeitsbericht 2019 (nichtfinanzielle Berichterstattung gem. § 289b Abs. 3 HGB) wird gebilligt.

2.4 Das Verfahren zur Entlastung der Organe der Sparkasse gem. § 8 Abs. 2 Buchstabe f) Sparkassengesetz ist einzuleiten.

Der Verwaltungsrat stimmt den vorstehenden Beschlussvorschlägen des Bilanzprüfungsausschusses zu.

Der Verwaltungsrat der Sparkasse Leverkusen



Two handwritten signatures in black ink are written over a horizontal line. The signature on the left is large and stylized, while the one on the right is smaller and more cursive.

	EUR	EUR	EUR	31.12.2018 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		29.843.078,69		26.848
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		177.849.283,10		71.015
			207.692.361,79	97.864
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		13.684.934,17		21.326
c) andere Forderungen		15.400.617,27		5.450
			29.085.551,44	26.776
darunter:				
täglich fällig	0,00 EUR			(0)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00 EUR			(0)
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		1.485.084.076,23		1.444.111
b) Kommunalkredite		181.875.812,12		223.646
c) andere Forderungen		1.383.953.657,99		1.236.946
			3.050.913.546,34	2.904.703
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00 EUR			(0)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	0,00			0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		139.038.726,64		175.802
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	139.038.726,64 EUR			(175.802)
bb) von anderen Emittenten		160.570.873,48		93.053
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	134.607.892,73 EUR			(93.053)
			299.609.600,12	268.855
c) eigene Schuldverschreibungen		0,00		0
Nennbetrag	0,00 EUR			(0)
			299.609.600,12	268.855
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand			23.696.560,69	8.154
7. Beteiligungen			0,00	0
darunter:			47.106.680,72	47.107
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00 EUR			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			1.098.148,35	1.098
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00 EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	25.000,00 EUR			(25)
9. Treuhandvermögen			2.267.004,57	2.360
darunter:				
Treuhandkredite	2.267.004,57 EUR			(2.360)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		84.134,00		75
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			84.134,00	75
12. Sachanlagen			6.506.348,98	6.555
13. Sonstige Vermögensgegenstände			7.759.239,45	6.712
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		23.686,84		40
b) andere		189.762,10		280
			213.448,94	320
Summe der Aktiva			3.676.032.625,39	3.370.580

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2018 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		241.221.327,19		221.216
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) andere Verbindlichkeiten		246.866.572,13		206.882
			488.087.899,32	428.097
darunter:				
täglich fällig	5.657.744,79			(5.595)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00			(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		159.465.635,86		149.317
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	696.978.844,77			710.260
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	8.441.088,96			12.606
		705.419.933,73		722.866
d) andere Verbindlichkeiten		1.952.808.237,60		1.715.858
			2.817.693.807,19	2.588.041
darunter:				
täglich fällig	1.807.828.596,95			(1.664.010)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	0,00			(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenspfandbriefe		0,00		0
ab) öffentliche Pfandbriefe		0,00		0
ac) sonstige Schuldverschreibungen		9.295.053,83		3.460
		9.295.053,83		3.460
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
			9.295.053,83	3.460
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			2.267.004,57	2.360
darunter:				
Treuhandkredite	2.267.004,57			(2.360)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			2.461.905,15	2.253
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		1.919.072,66		2.265
b) andere		16.292,96		33
			1.935.365,62	2.298
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		23.004.523,00		21.322
b) Steuerrückstellungen		2.016.888,00		1.116
c) andere Rückstellungen		14.258.070,76		14.789
			39.279.481,76	37.227
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			1.480.900,00	5.859
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			132.800.000,00	122.700
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	177.883.947,98			175.395
		177.883.947,98		175.395
d) Bilanzgewinn		2.847.259,97		2.889
			180.731.207,95	178.284
Summe der Passiva			3.676.032.625,39	3.370.580
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		64.087.876,67		59.877
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			64.087.876,67	59.877
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		256.130.892,13		227.236
			256.130.892,13	227.236

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2019**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2018 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		77.417.521,94		81.073
abgesetzte negative Zinsen	217.899,76 EUR			(284)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		831.683,12		459
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR			(0)
			78.249.205,06	81.532
2. Zinsaufwendungen			27.829.201,49	33.688
abgesetzte positive Zinsen	127.231,34 EUR			(124)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	2.327.483,16 EUR			(2.268)
			50.420.003,57	47.844
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		466.760,00		386
b) Beteiligungen		748.956,41		673
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			1.215.716,41	1.059
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			3.350.555,89	3.022
5. Provisionserträge		23.876.785,43		23.311
6. Provisionsaufwendungen		4.085.556,23		2.851
			19.791.229,20	20.460
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
darunter: Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	0,00 EUR			(0)
8. Sonstige betriebliche Erträge			2.787.726,84	6.123
aus der Fremdwährungsumrechnung	51.257,22 EUR			(70)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
9. (weggefallen)				
			77.565.231,91	78.508
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter		28.051.238,32		28.778
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung		8.140.690,10		8.000
	2.818.116,29 EUR			(2.860)
b) andere Verwaltungsaufwendungen			36.191.928,42	36.778
			18.253.537,67	16.834
			54.445.466,09	53.613
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.209.118,42	1.858
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.583.544,99	2.933
aus der Fremdwährungsumrechnung	168,41 EUR			(0)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	0,00 EUR			(0)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		275
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		562.163,08		0
			562.163,08	275
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		0
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		132,61		0
			132,61	0
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			175.137,07	139
18. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			10.100.000,00	9.700
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			10.614.261,03	9.990
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	0,00 EUR			(0)
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		7.724.131,32		6.996
darunter: Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB	0,00 EUR			(0)
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		42.869,74		105
			7.767.001,06	7.101
25. Jahresüberschuss			2.847.259,97	2.889
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			2.847.259,97	2.889
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			2.847.259,97	2.889
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			2.847.259,97	2.889

Lagebericht 2019

Vorbemerkung.....	2
1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse.....	2
2. Wirtschaftsbericht.....	2
2.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2019.....	2
2.2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren.....	5
2.3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung.....	6
2.3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen.....	6
2.3.2. Aktivgeschäft.....	6
2.3.2.1. Barreserve.....	6
2.3.2.2. Kundenkreditvolumen.....	6
2.3.2.3. Wertpapieranlagen.....	7
2.3.2.4. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen.....	7
2.3.2.5. Sachanlagen.....	7
2.3.3. Passivgeschäft.....	7
2.3.3.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.....	7
2.3.3.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.....	7
2.3.4. Dienstleistungsgeschäft.....	8
2.3.5. Derivate.....	8
2.4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage.....	8
2.4.1. Vermögenslage.....	8
2.4.2. Finanzlage.....	9
2.4.3. Ertragslage.....	9
3. Nachtragsbericht.....	11
4. Risiko- und Chancenbericht.....	12
4.1. Risikomanagementsystem.....	12
4.2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken.....	14
4.2.1. Adressenrisiken.....	14
4.2.1.1. Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft.....	14
4.2.1.2. Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft.....	16
4.2.2. Marktpreisrisiken.....	17
4.2.2.1. Marktpreisrisiken aus Zinsen (Zinsänderungsrisiken).....	17
4.2.2.2. Marktpreisrisiken aus Spreads.....	18
4.2.2.3. Aktienkursrisiken.....	18
4.2.3. Beteiligungsrisiken.....	19
4.2.4. Liquiditätsrisiken.....	20
4.2.5. Operationelle Risiken.....	21
4.3. Chancenbericht.....	21
4.4. Gesamtbeurteilung der Risikolage.....	22
5. Prognosebericht.....	23
5.1. Rahmenbedingungen.....	23
5.1.1. Geschäftsentwicklung.....	24
5.1.2. Finanzlage.....	24
5.1.3. Ertrags- und Vermögenslage.....	25
5.2. Gesamtaussage.....	26

Vorbemerkung

Zur Verbesserung der Klarheit und Übersichtlichkeit der Berichterstattung wurde das Gebot der Darstellungsstetigkeit im Hinblick auf die Konzentration der Berichterstattung auf die gesetzlich geforderten Inhalte sowie eine zusätzliche Fokussierung der Berichterstattung zu den wirtschaftlichen Verhältnissen auf die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren unter Beachtung der Anforderungen des neuen Prüfungsstandards 350 des Instituts der Wirtschaftsprüfer „Prüfung des Lageberichts im Rahmen der Abschlussprüfung“ zulässigerweise durchbrochen.

1. Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 des Sparkassengesetzes NRW eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, Düsseldorf, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Köln unter der Nummer A 20665 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Leverkusen. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers und des Rheinisch Bergischen Kreises, des Kreises Mettmann, der Städte Hückeswagen, Radevormwald, Wipperfürth, Lindlar, der Gemeinde Engelskirchen, der Städte Köln, Düsseldorf, Solingen, Remscheid und Wuppertal.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Die Sparkasse ist Mitglied im Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und über dessen Sparkassenstützungsfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Die Sparkasse Leverkusen unterhält wie im Vorjahr 10 personenbesetzte Filialen und 11 SB-Stellen im Stadtgebiet Leverkusen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2019

Die Konjunktur hat auf globaler Ebene deutlich an Schwung verloren: Wie der Internationale Währungsfonds (IWF) in seiner Januarprognose berichtet, wuchs die Weltwirtschaft in 2019 um 2,9 % nach 3,6 % in 2018 und verzeichnete damit das schwächste Wachstum seit zehn Jahren. Der Welthandel nahm lediglich um 1 % zu. Als ein Auslöser dieser Entwicklung gelten die Handelskonflikte zwischen den USA und China. Davon waren insbesondere Länder mit hohen Anteilen von Ex- und Importen im Vergleich zu ihrem Inlandsprodukt betroffen.

Deutschland verzeichnete in 2019 das zehnte Wachstumsjahr in Folge und damit die längste Wachstumsperiode seit der Wiedervereinigung. Aber auch hier hat sich die Konjunktur deutlich abgekühlt. Bereits in 2018 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit +1,5 % schwächer als im entsprechenden Vorjahr (+2,7 %). In 2019 ließ das Wachstum im Jahresdurchschnitt mit 0,6 % weiter nach. Seit dem Frühjahr 2019 war de facto eine Stagnation festzustellen.

Auffällig in 2019 war die zweigeteilte Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Das verarbeitende Gewerbe verzeichnete Rückgänge, vor allem in den exportorientierten Industriezweigen. Die binnenorientierten Wirtschaftszweige entwickelten sich dagegen weiterhin gut. Das Baugewerbe stach erneut hervor; hier stieg die Bruttowertschöpfung um 4 %.

Die privaten Konsumausgaben legten - befördert durch eine weiterhin gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation - in 2019 deutlich zu, sogar stärker als in den beiden Vorjahren (+1,6 %). Ein Anstieg der Nettolöhne und -gehälter um 3,7 % sowie gestiegene Transfereinkommen (u. a. Renten) führten zu einem Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 2,8 % (nominal). Die Sparquote der privaten Haushalte blieb mit 10,9 % praktisch unverändert.

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt war trotz der Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung weiter robust, insbesondere die Zahl der Erwerbstätigen stieg weiter an. Eine positive Entwicklung nahm auch die Arbeitslosigkeit, die mit 2.267.000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt ein neues Rekordtief erreicht hat. Die Arbeitslosenquote sank bundesweit von 5,2 % auf 5,0 %, in Nordrhein-Westfalen von 6,8 % auf 6,5 %. Damit verzeichnete Nordrhein-Westfalen erneut die höchste Quote aller westdeutschen Flächenstaaten. Ganz kann sich der Arbeitsmarkt der konjunkturellen Eintrübung jedoch nicht entziehen. So stiegen die Anträge auf Kurzarbeit deutlich, allerdings von einem niedrigen Niveau ausgehend. Auch die Geschwindigkeit, in der Arbeitslosigkeit abgebaut und Beschäftigung aufgebaut wurde, hat sich gegenüber den Vorjahren deutlich verlangsamt. Erstmals seit Jahren gab es von Seiten diverser Unternehmen wieder eine Häufung größerer Entlassungsankündigungen, die deutlich über Einzelfälle hinausgingen.

Hinsichtlich der Unternehmensinsolvenzen war festzustellen, dass der zehn Jahre anhaltende Rückgang zum Stillstand gekommen ist. Allerdings lag die Zahl der Insolvenzen im Unternehmensbereich immer noch auf einem 25-Jahre-Tiefstand. Im verarbeitenden Gewerbe, dem Wirtschaftsbereich, von dem die aktuelle konjunkturelle Eintrübung im Wesentlichen ausgeht, gab es im Jahr 2019 einen spürbaren Anstieg der Insolvenzen (+6,6 %). Die privaten Insolvenzen entwickelten sich 2019 abermals rückläufig (-3 %), damit wurde der tiefste Stand seit 15 Jahren erreicht.

Die Verbraucherpreise entwickelten sich in Deutschland im vergangenen Jahr mit +1,4 % - ähnlich wie in den Vorjahren - moderat. Die Entwicklung blieb damit weiterhin unter der Zielgröße der Europäischen Zentralbank (EZB), die einen Preisanstieg von unter, aber nahe 2 % anstrebt.

Die Erwartungen im Jahr 2018, die EZB werde ihre Geldpolitik in 2019 straffen und auch den Einlagenzins wieder anheben, haben sich als unzutreffend erwiesen. Vielmehr hat die EZB am 23. September 2019, u. a. angesichts der konjunkturellen Entwicklung, beschlossen, die Geldpolitik weiter zu lockern. So wurde u. a. der Zinssatz für die Anlage von Reserveguthaben der Banken, die über die Mindestreserve hinausgehen („Überschussreserven“), weiter von -0,4 % auf -0,5 % abgesenkt und entschieden, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Anleihe-Ankaufprogramms ab dem 1. November 2019 wieder aufgenommen werden. Neu eingeführt wurde allerdings ein zweistufiges System für die Verzinsung der Überschussreserven, mit dem ein bestimmter Teil dieser Reserven von Negativzinsen befreit wurde.

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war im Jahr 2019 geprägt von weiteren Kurssteigerungen am Aktienmarkt sowie einem deutlichen Rückgang der Renditen in den negativen Bereich, insbesondere für Anleihen der öffentlichen Hand und Zinsswapgeschäfte unter Banken. Der Deutsche Aktienindex stieg im Vergleich zum Jahresbeginn um rd. 25 % und erreichte kurz nach dem Jahreswechsel 2019/2020 einen neuen historischen Höchstwert. Für die Anleihen der öffentlichen Hand und die längerfristigen Interbankengeschäfte war ein kontinuierlicher Zinsrückgang, insbesondere im III. Quartal 2019, festzustellen. Trotz einer leichten Erholung im IV. Quartal 2019 verharren diese auch für die Konditionen im Kundengeschäft der Banken wichtigen Bezugsgrößen weiterhin auf extrem niedrigen Niveau, teilweise auch noch im negativen Bereich.

Branchenumfeld 2019

Da die konjunkturelle Eintrübung - zumindest bislang - weitgehend auf den Industriesektor beschränkt war und sich die anderen Wirtschaftsbereiche im Jahr 2019 als stabil erwiesen haben, stellte sich die gesamtwirtschaftliche Situation aus der Sicht der Finanzdienstleistungsbranche weiterhin recht positiv dar, allerdings etwas verhaltener als im Vorjahr. Jedoch steht die Finanzbranche unverändert vor großen Herausforderungen, resultierend aus dem niedrigen Zinsniveau, einem zunehmenden Wettbewerbsdruck, erhöhten Investitionserfordernissen durch die Digitalisierung sowie weiterhin steigenden Anforderungen im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Bankenregulierung.

Insgesamt waren bei den Banken in Deutschland im Jahr 2019 weiterhin eine starke Kreditnachfrage und hohe Zuflüsse bei den Kundeneinlagen zu verzeichnen. Die Kredite an inländische Nichtbanken

(ohne Geldmarkt- und andere Wertpapiere) stiegen nach Angaben der Deutschen Bundesbank bis November 2019 um 4,4 % nach 3,3 % im Jahr 2018. Maßgeblich dazu beigetragen haben die langfristigen Buchkredite an Unternehmen und Privatpersonen, insbesondere die Kredite für den Wohnungsbau. Das war auch bei den Sparkassen in unserem Verbandsgebiet zu verzeichnen, deren Kreditvolumen um 4 % anstieg. Einen höheren Zuwachs gab es zuletzt im Jahr 2001 mit 5,6 %. Hauptträger des Wachstums waren, wie bereits im Vorjahr, die Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige (+5,1 %) sowie der private Wohnungsbau (+4,3 %).

Angesichts der niedrigen bzw. negativen Verzinsung von traditionellen Anlageprodukten und einem Mangel an sicheren Anlagealternativen steigerten die Kunden in 2019 erneut ihre kurzfristig verfügbaren Bankguthaben. Während die Verbindlichkeiten der Banken gegenüber Nichtbanken nach Angaben der Bundesbank bis November 2019 um 3,9 % stiegen, nahmen die täglich fälligen Einlagen um 7,9 % zu; dazu trugen insbesondere die Unternehmen und Privatpersonen bei. Damit bestätigt sich ein Trend der zurückliegenden Jahre.

Auch die Sparkassen im Rheinland verzeichneten einen verstärkten Zufluss an Kundeneinlagen (+4,7 %). Einen höheren prozentualen Mittelzufluss hatte es zuletzt im Jahr 2001 mit 5,1 % gegeben. Dem gesamten Branchentrend folgend, kam es insbesondere bei täglich fälligen Einlagen - wie auch in den zurückliegenden Jahren - zu sehr starken Mittelzuflüssen (+9,1 %).

Die aus den starken Mittelzuflüssen resultierende Anlage der Überschussliquidität der deutschen Kreditinstitute führte zu entsprechenden Zahlungen von Negativzinsen. Diese wurden bislang in der Breite nicht an die privaten Kunden weitergegeben. Vor diesem Hintergrund belastete die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB) vom September 2019, den Zinssatz für die Anlage von Überschussreserven der Banken um 0,1 %-Punkte auf -0,5 % zu senken, die Kreditinstitute weiter.

Während sich die gesamtwirtschaftliche Situation überwiegend positiv auf die Geschäftsentwicklung der Banken, insbesondere im Kreditgeschäft, auswirkte, macht sich das in Folge der Geldpolitik der EZB anhaltend extrem niedrige und im Jahr 2019 nochmals deutlich rückläufige Zinsniveau kontinuierlich negativ in der Ertragslage der Banken bemerkbar. Dies betrifft insbesondere Sparkassen, die - neben den Genossenschaftsbanken - aufgrund ihres Geschäftsmodells besonders von rückläufigen Zinserträgen betroffen sind. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank sanken bspw. die Effektivzinssätze im Neugeschäft mit privaten Wohnungsbaukrediten bis November 2019 im Durchschnitt um 0,6 %-Punkte auf 1,3 %. Dem stehen aufgrund der im Jahr 2019 weit überwiegend unveränderten Nullzinsuntergrenze kaum veränderte Effektivzinssätze für Einlagen (insb. Sichteinlagen) von Privatkunden gegenüber. In Folge dieser Entwicklung war auch der Zinsüberschuss der rheinischen Sparkassen im Jahr 2019 weiterhin deutlich rückläufig. Die aktuellen Entwicklungen haben erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage, so dass die Kreditinstitute in den vergangenen Jahren vielfältige Maßnahmen zur Kostensenkung, wie z. B. Reduzierungen der Geschäftsstellen und der Anzahl der Beschäftigten, ergriffen haben. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank in ihrer Analyse der Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2018 konnten die Verwaltungskosten damit insgesamt stabil gehalten werden.

Diese Analyse gilt im Wesentlichen auch für die rheinischen Sparkassen. Die Rückgänge aus der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ der Sparkassen konnten im Jahr 2019 durch leicht gesteigerte Provisionsüberschüsse und leicht rückläufige Verwaltungsaufwendungen jedoch nur zum Teil ausgeglichen werden, so dass wiederum ein deutlicher Rückgang des Betriebsergebnisses vor Bewertungsmaßnahmen festzustellen ist.

Entlastend wirkte sich nach Angaben der Deutschen Bundesbank im Branchenvergleich für das Jahr 2018 das in Folge der guten wirtschaftlichen Lage der Binnenwirtschaft und rückläufiger Insolvenzzahlen sehr niedrige Niveau der Kreditrisikovorsorge aus. Dies dürfte sich auch im Jahr 2019 branchenweit nicht grundlegend anders darstellen. Auch die Entwicklung bei den rheinischen Sparkassen bewegt sich in diesem Trend.

Die nach der Finanzmarktkrise 2009/2010 eingeleiteten aufsichtsrechtlichen Regulierungsmaßnahmen wurden auch im Jahr 2019 mit vielfältigen Maßnahmen fortgesetzt bzw. umgesetzt. Hervorzuheben ist, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 1. Juli 2019 erstmalig von der Möglichkeit Gebrauch machte, innerhalb der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen für alle Banken einen inländischen antizyklischen Kapitalpuffer in Höhe von 0,25% festzulegen. Damit reagierte sie nach eigenen Angaben u. a. auf das anhaltend starke Kreditwachstum.

Im 1. Halbjahr 2019 haben die Bundesbank und die BaFin 1.412 Banken und Sparkassen zu ihrer aktuellen und zukünftigen Ergebnislage auf der Basis der eigenen Plandaten und zu fünf vorgegebenen Zinsszenarien befragt. Mit der Befragung wurden annähernd alle kleinen und mittelgroßen Institute erfasst. Insbesondere im Szenario weiter fallender Zinsen (-1 %-Punkt) zeigen die Ergebnisse einen

deutlichen Gewinnrückgang in den Folgejahren. Da die tatsächliche Zinsentwicklung sich im 2. Halbjahr 2019 diesem Szenario bereits deutlich angenähert hat, ist branchenbezogen auch 2020 mit einem Ergebnisrückgang zu rechnen. Vor diesem Hintergrund steigt nach den Ergebnissen der Umfrage auch die Bereitschaft zur Weitergabe negativer Zinsen im Privat- und Firmenkundengeschäft.

Regionale Einflussfaktoren

Das für die Sparkasse Leverkusen relevante (wirtschaftliche) Umfeld wird im Wesentlichen durch lokale Faktoren determiniert. Ein wesentlicher Faktor ist die Lage auf dem Leverkusener Arbeitsmarkt, die sich, bezogen auf die Arbeitslosenquote, weiterhin schlechter darstellt als auf Landes- und Bundesebene. Leverkusen weist im Dezember 2019 eine Arbeitslosenquote von 7,1% aus (Vorjahr 7,0%). Einer der größten Arbeitgeber Leverkusens, der Bayer Konzern, hat im Jahr 2019 für die kommenden Jahre den Abbau von rd. 4.500 Stellen an seinen deutschen Standorten angekündigt (Stand 31.12.2018: 32.140 Beschäftigte deutschlandweit). Aufgrund einer bis zum Jahr 2025 bestehenden Standortsicherung sind betriebsbedingte Kündigungen in diesem Zeitraum ausgeschlossen – der Abbau erfolgt über freiwillige Lösungen wie Vorruhestandsregelungen oder Abfindungen. Welche Auswirkungen das für den Standort Leverkusen hat, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

2.2. Bedeutsamste finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die Kennziffern Cost-Income-Ratio, die den Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich des Saldos der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen) setzt, das Betriebsergebnis vor Bewertung, das sich zusammensetzt aus dem Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich des Saldos der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung Betriebsvergleich (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen), sowie die im Rahmen der Kapitalplanung der Sparkasse Leverkusen erwartete Gesamtkapitalquote nach CRR, die das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte (Adressenausfall-, operationelle, Markt- und CVA-Risiken) darstellt, wurden im Berichtsjahr erstmals als bedeutsamste finanziellen Leistungsindikatoren definiert.

Erläuterungen zu der Entwicklung der vorgenannten Indikatoren enthält der Abschnitt 2.4.3 Ertragslage.

Für Zwecke der internen Steuerung haben wir die folgenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren festgelegt:

Personal- und Sozialbereich

Die Gesamtzahl der Beschäftigten der Sparkasse Leverkusen hat sich bis zum 31. Dezember 2019 gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 498 verringert, von denen 285 vollzeitbeschäftigt, 178 teilzeitbeschäftigt sowie 35 in Ausbildung sind. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf altersbedingte Abgänge durch Renteneintritt oder Beginn der Altersteilzeit-Freizeitphase zurückzuführen. Derzeit haben 21 Beschäftigte Altersteilzeitverträge abgeschlossen – davon befinden sich aktuell 13 Beschäftigte in der Arbeitsphase und 8 Beschäftigte in der Freizeitphase ihrer Altersteilzeit.

Soziales Engagement

Die Sparkasse Leverkusen engagiert sich innerhalb der Stadt Leverkusen für soziale, sportliche, ökologische und kulturelle Projekte. Neben der finanziellen Unterstützung vieler Vereine und Organisationen haben Mitarbeiter ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen und Institutionen übernommen. Ein besonderes Anliegen ist der Sparkasse die im Jahre 2003 gegründete Bürgerstiftung. Die Erträge der Stiftung kommen, dank eines breitgefächerten Stiftungszwecks, vielfältigen gemeinnützigen und mildtätigen Projekten und Initiativen zugute.

2.3. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Geschäftsentwicklung

	Bestand		Veränderung	Veränderung	Anteil in % der Bilanzsumme
	2019	2018			
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%	%
Bilanzsumme	3.676,0	3.370,6	305,4	9,1	
Geschäftsvolumen ¹	3.740,1	3.430,5	309,6	9,0	
Barreserve	207,7	97,9	109,8	112,4	5,7
Forderungen an Kreditinstitute	29,1	26,8	2,3	8,6	0,8
Forderungen an Kunden ²	3.053,2	2.907,1	146,1	5,0	83,1
Wertpapieranlagen	323,3	277,0	46,3	16,7	8,8
Beteiligungen und Anteile an verb. Unternehmen	48,2	48,2	0,0	0,0	1,3
Sachanlagen	6,5	6,6	-0,1	-1,5	0,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	488,1	428,1	60,0	14,0	13,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ³	2.827,0	2.591,5	235,5	9,1	76,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	1,5	5,9	-4,4	-74,6	0,0
Rückstellungen	39,3	37,2	2,1	5,6	1,1
Eigenkapital	180,7	178,3	2,4	1,3	4,9

¹ Geschäftsvolumen = Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten

² Bilanzpositionen Aktiva 4 und Aktiva 9

³ einschließlich verbrieft Verbindlichkeiten

2.3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme ist von 3.370,6 Mio. EUR auf 3.676,0 Mio. EUR gestiegen. Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zuzüglich Eventualverbindlichkeiten) hat sich von 3.430,5 Mio. EUR auf 3.740,1 Mio. EUR erhöht. Die Steigerung des Geschäftsvolumens und der Bilanzsumme ist deutlich höher ausgefallen als im Vorjahr erwartet, da der Bestandsaufbau bei den Kundenforderungen und –verbindlichkeiten stärker ausgefallen ist als eingeplant.

2.3.2. Aktivgeschäft

2.3.2.1. Barreserve

Die Barreserve erhöhte sich von 97,9 Mio. EUR auf 207,7 Mio. EUR. Die Erhöhung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Sparkasse Leverkusen von der Möglichkeit Gebrauch machte, Liquidität zinslos bei der Deutschen Bundesbank anzulegen.

2.3.2.2. Kundenkreditvolumen

Die Forderungen an Kunden (Aktiva 4 und 9) belaufen sich zum Berichtsstichtag auf 3.053,2 Mio. EUR und haben sich im Berichtsjahr damit um 146,1 Mio. EUR oder 5,0% erhöht.

Das Wachstum der Forderungen an Kunden vollzog sich überwiegend im langfristigen Bereich und ist deutlich höher ausgefallen, als im Vorjahr prognostiziert.

Unsere Privatkunden nutzten die nach wie vor günstigen Konditionen und bevorzugten langfristige Kreditlaufzeiten für Baufinanzierungsdarlehen. Aber auch im Firmen- und Gewerbekundenbereich ergibt sich der Bestandsaufbau weitgehend im Bereich der Laufzeiten ab fünf Jahren.

Das gesamte Kundenkreditvolumen (Forderungen an Kunden einschl. Bürgschaften und Gewährleistungen sowie unwiderrufliche Kreditzusagen) erhöhte sich im Berichtsjahr von 3.194,0 Mio. EUR um 179,2 Mio. EUR oder 5,6% auf 3.373,2 Mio. EUR.

2.3.2.3. Wertpapieranlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapieranlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 46,3 Mio. EUR auf 323,3 Mio. EUR.

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere nahmen um 30,8 Mio. EUR zu. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden um 15,5 Mio. EUR aufgebaut. Ursächlich für den Anstieg war eine im Verlauf des Jahres angepasste Anlagestrategie, wonach freiwerdende Liquidität nicht mehr als kurzfristige Anlagen bei Kreditinstituten unterhalten wurden.

Entgegen dem prognostizierten moderaten Wachstum wiesen die Wertpapieranlagen im Berichtsjahr einen deutlichen Anstieg auf.

2.3.2.4. Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wird unverändert zum Vorjahr in Höhe von 48,2 Mio. EUR ausgewiesen.

Entsprechend der prognostizierten Erwartung waren keine Abschreibungen auf Beteiligungen vorzunehmen.

2.3.2.5. Sachanlagen

Die Sachanlagen reduzierten sich aufgrund der regulären Abschreibungen leicht von 6,6 Mio. EUR auf 6,5 Mio. EUR.

2.3.3. Passivgeschäft

2.3.3.1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich von 428,1 Mio. EUR auf 488,1 Mio. EUR und zeigten damit einen deutlicheren Bestandsaufbau als in der Prognose 2019 erwartet.

Neben der Emission von Pfandbriefen erfolgte die Annahme von befristeten Einlagen zu Refinanzierungszwecken.

2.3.3.2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inkl. verbriefter Verbindlichkeiten erhöhten sich von 2.591,5 Mio. EUR auf 2.827,0 Mio. EUR.

Entgegen der Prognose 2019, in der wir ein moderates Wachstum erwartet haben, stiegen die Bestände wiederum sehr deutlich um 235,5 Mio. EUR oder 9,1 % an. Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem weiterhin niedrigen Zinsniveau, bevorzugten unsere Kunden wie in den Vorjahren liquide Anlageformen. So stiegen die Bestände der täglich fälligen Einlagen um 143,8 Mio. EUR. Darüber hinaus ergab sich im Rahmen der Liquiditätssteuerung ein Anstieg der befristeten Einlagen um 93,7 Mio. EUR. Weitere Bestandszuwächse verzeichneten wir bei den Hypotheken-Namenspfandbriefen (+10,1 Mio. EUR) und den verbrieften Verbindlichkeiten (+5,8 Mio. EUR). Die Spareinlagen nahmen dagegen wie in den Vorjahren weiter ab (-17,4 Mio. EUR).

Der Bestand der gesamten Kundenverbindlichkeiten inkl. der nachrangigen Verbindlichkeiten beläuft sich im Berichtsjahr auf 2.828,5 Mio. EUR nach 2.597,4 Mio. EUR im Vorjahr.

2.3.4. Dienstleistungsgeschäft

Zahlungsverkehr

Der Bestand an Girokonten liegt nahezu unverändert zum Vorjahr bei 102.000 Stück. Zur Nutzung der Selbstbedienungsangebote, zu denen derzeit 44 Geldautomaten gehören, wurden den Kunden 101.500 S-Cards ausgegeben (Vorjahr 102.900).

Vermittlung von Wertpapieren

Die Wertpapierumsätze nahmen gegenüber dem Vorjahr um 8,6 % zu und erreichten einen Wert von 402,8 Mio. EUR. Während die Käufe um -2,5% auf ein Volumen von 193,8 Mio. EUR zurückgingen, nahmen die Verkäufe sehr deutlich um 21,3% auf 209 Mio. EUR zu. Aus dieser Entwicklung ergibt sich jedoch ein negativer Nettoabsatz von -15,2 Mio. EUR, so dass der in der Prognose 2019 erwartete Anstieg der Bestände der Kunden-Wertpapieranlagen nicht erreicht werden konnte.

Der Schwerpunkt der Umsatztätigkeit lag bei den Käufen und Verkäufen von Investmentfonds (172,5 Mio. EUR), gefolgt von den festverzinslichen Wertpapieren (127,6 Mio. EUR) und den Aktien (102,7 Mio. EUR).

Vermittlung von Immobilien, Bausparverträgen und Lebensversicherungen

Die Nachfrage nach Immobilien ist unverändert hoch - in 2019 konnten insgesamt 73 Immobilien vermittelt werden (Vorjahr 78 Immobilien).

Im Geschäftsjahr wurden Bausparverträge mit einem Volumen von insgesamt 74,4 Mio. EUR abgeschlossen, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von -13,3 Mio.€ bedeutet.

Die Vermittlung von Lebensversicherungen erreicht ein Volumen von 91,6 Mio. EUR - gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung um 2,3 Mio.€.

2.3.5. Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienen ausschließlich der Sicherung der eigenen Positionen und nicht spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

2.4 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

2.4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage erhöhte sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2018. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2019 vor Gewinnverwendung ein Eigenkapital von 180,7 Mio. EUR (Vorjahr 178,3 Mio. EUR) aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine zusätzliche Vorsorge von 10,1 Mio. EUR auf 132,8 Mio. EUR erhöht. Hierin enthalten ist eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der „Ersten Abwicklungsanstalt“ von 25 Jahren trägt; im Einzelnen verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss 2019.

Die Gesamtkapitalquote (Verhältnis der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel bezogen auf die mit Eigenmittel zu unterlegenden Positionen („Gesamtrisikobetrag“) aus Adressenausfall-, operationellen, Marktpreis- und CVA-Risiken) übertrifft am 31. Dezember 2019 mit 3,2 % (im Vorjahr: 4,0 %) die Mindestanforderungen von 8 % zzgl. kombinierte Kapitalpuffer- (Kapitalerhaltungs- sowie antizyklischem Kapitalpuffer) und individuelle Kapitalanforderungen (SREP) gemäß CRR (zzgl. SREP-Zuschlag). Der Gesamtrisikobetrag zum 31.12.2019 beläuft sich auf 1.981,3 Mio. EUR und die Eigenmittel auf 291,6 Mio. EUR. Die Kernkapitalquote beträgt zum 31.12.2019 14,71 % des Gesamtrisikobetrags.

Die für 2019 prognostizierten Werte für die Gesamtkapitalquote konnten aufgrund des ungeplanten starken Wachstums des Gesamtrisikobetrages nicht erreicht werden.

Auf Grundlage unserer Kapitalplanung bis zum Jahr 2024 ist auch weiterhin eine Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die Umsetzung unserer Geschäftsstrategie zu erwarten.

2.4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 1,14 bis 2,07 oberhalb des ab dem Jahr 2018 zu erfüllenden Mindestwerts von 1,0. Die LCR-Quote lag zum 31. Dezember 2019 bei 1,66. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Kredit- und Dispositionslinien bestehen bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Hessen-Thüringen. Das Angebot der Deutschen Bundesbank, Refinanzierungsgeschäfte in Form von Offenmarktgeschäften abzuschließen, wurde in 2019 nicht genutzt. Die Sparkasse nahm 2019 am elektronischen Verfahren „Kreditforderungen - Einreichung und Verwaltung (KEV)“ der Deutschen Bundesbank zur Nutzung von Kreditforderungen als notenbankfähige Sicherheiten teil. Die gemeldeten Kreditforderungen dienen durch eine generelle Verpfändungserklärung als Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank.

Die Zahlungsbereitschaft ist nach unserer Finanzplanung auch für die absehbare Zukunft gewährleistet. Weitere Erläuterungen zur Liquiditätssteuerung enthält der Abschnitt Risikoberichterstattung.

2.4.3. Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2019	2018	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	55,0	51,9	3,1	6,0
Provisionsüberschuss	19,8	20,5	-0,7	-3,4
Sonstige betriebliche Erträge	2,8	6,1	-3,3	-54,1
Personalaufwand	-36,2	-36,8	0,6	1,6
Anderer Verwaltungsaufwand	-18,3	-16,8	-1,5	-8,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3,0	-4,9	1,9	38,8
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	20,1	20,0	0,1	0,5
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	0,6	-0,3	0,9	>100%
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	-10,1	-9,7	-0,4	4,1
Ergebnis vor Steuern	10,6	10,0	0,6	6,0
Steueraufwand	-7,8	-7,1	-0,7	9,4
Jahresüberschuss	2,8	2,9	-0,1	-2,4

Zinsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 1 bis 4

Provisionsüberschuss:

GuV-Posten Nr. 5 und 6

Sonstige betriebliche Erträge:

GuV-Posten Nr. 8 und 20

Sonstige betriebliche Aufwendungen:

GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:

GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Im Geschäftsjahr hat sich der Zinsüberschuss (einschließlich der laufenden Erträge aus Eigenanlagen, Anteilsbesitz und Gewinnabführungsverträgen) besser entwickelt als erwartet. Er erhöhte sich um 6,0 % auf 55,0 Mio. EUR. Zu der Erhöhung des Zinsüberschusses führten, neben einer erheblichen Verbesserung des negativen Zinsergebnisses aus Swapvereinbarungen, auch höhere Erträge aus Eigenanlagen und Beteiligungen.

Demgegenüber konnte der Provisionsüberschuss die erwartete leichte Steigerung gegenüber dem Ergebnis 2018 nicht erreichen. Er lag insbesondere aufgrund gestiegener Provisionsaufwendungen für Vermittlungen im Kundengeschäft um 3,4 % unter dem Vorjahreswert. Kompensierend wirkten unter anderem verbesserte Provisionserträge für die Vermittlung von Immobilien.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen im Berichtsjahr unter dem Vorjahreswert, der durch Gewinne aus einigen Immobilienverkäufen positiv beeinflusst war.

Der Personalaufwand ist entsprechend der Prognose gesunken. Die Personalaufwendungen belaufen sich auf 36,2 Mio. EUR und reduzierten sich damit zum Vorjahr um 0,6 Mio. EUR oder 1,6%.

Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 8,9 % auf 18,3 Mio. EUR. Wesentliche Ursache für den Anstieg ist der anteilige Aufwand für die Stützungsmaßnahmen für die Norddeutsche Landesbank (NordLB), der über den Stützungsfonds unseres Verbandes abgewickelt wird. Im Sachaufwand konnten durch eine konsequente Kostenüberprüfung Einsparungen erreicht werden, durch die unvermeidliche Kostensteigerungen kompensiert wurden.

Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovor-sorge) ergaben im Berichtsjahr einen positiven Saldo von 0,6 Mio. EUR. Während sich aus dem Kredit-geschäft ein geringes negatives Bewertungsergebnis ergab, stellte sich das Bewertungsergebnis aus den Wertpapieranlagen aufgrund Realisierung von Kursgewinnen positiv dar. Sonstige Bewertungs-maßnahmen waren von untergeordneter Bedeutung.

Der Sonderposten nach § 340 g HGB wurde deutlich um 10,1 Mio. EUR aufgestockt.

Für das Geschäftsjahr 2019 war ein um 0,7 Mio. EUR auf 7,8 Mio. EUR gestiegener Steueraufwand auszuweisen. Die Entwicklung beruhte u.a. auf einem verbesserten Ergebnis vor Steuern und dem höheren Anteil nicht steuerlich wirksamer Rückstellungsbildung.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offenzulegende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Net-togewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2019 0,08 %.

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bun-deseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Auf-spaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Dar-stellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungs-ergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, d.h. die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung definierten Werte haben sich in 2019 wie folgt entwickelt:

Kennzahlen		2019	2018
Betriebsergebnis vor Bewertung	% der DBS	0,69%	0,69%
Cost-Income-Ratio	%	69,6 %	69,9%
Gesamtkapitalquote nach CRR	%	14,7%	15,2%

Das Betriebsergebnis vor Bewertung liegt wie im Vorjahr bei 0,69 % der durchschnittlichen Bilanz-summe des Jahres 2019; es lag damit über dem Durchschnitt der Sparkassen der Vergleichsgruppe und des Verbandes. Die im Vorjahreslagebericht prognostizierte Unterschreitung des erreichten Wertes von 2018 ist damit nicht eingetreten.

Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich im Wesentlichen aufgrund des höheren Zinsüberschusses leicht von 69,9 % auf 69,6 %. Auch hier zeigt sich, gegenüber dem Durchschnitt der Vergleichspark-assen und dem Verband, eine positive Entwicklung.

Die Gesamtkapitalquote nahm dagegen von 15,2% auf 14,7% ab. Ursache ist der starke Anstieg des Gesamtrisikobetrages aufgrund des Bestandswachstums im Kundenkreditgeschäft.

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Rahmenbedingungen bewerten wir die Geschäftsentwicklung als gut. Mit der Entwicklung des Jahres 2019 konnten wir an das zufriedenstellende Betriebsergebnis vor Bewertung des Vorjahres anknüpfen. Die Prognosen sind überwiegend eingetroffen bzw. wurden in einigen Bereichen übertroffen. Aufgrund der auch im Berichtsjahr positiven Entwicklung der Risikovor-sorge war wiederum eine deutliche Stärkung unseres wirtschaftlichen Eigenkapitals möglich.

3. Nachtragsbericht

Die Nachtragsberichterstattung erfolgt gemäß § 285 Nr. 33 HGB im Anhang.

4. Risiko- und Chancenbericht

4.1. Risikomanagementsystem

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele. Grundlegendes Ziel der Risikosteuerung ist dabei zusätzlich zu den aufsichtsrechtlichen Mindest-Eigenmittelanforderungen die jederzeitige Einhaltung der Risikotragfähigkeit.

Die **Risikoinventur** umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der per September 2019 für das Geschäftsjahr 2020 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zinsen (Zinsänderungsrisiko)
	Spreads
	Aktien
Beteiligungsrisiken	
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
	Refinanzierungskostenrisiko
Operationelle Risiken	

Der Ermittlung der **periodischen Risikotragfähigkeit** liegt ein Going-Concern-Ansatz zu Grunde, der sicherstellen soll, dass auch bei Verlust des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials die regulatorischen Mindestkapitalanforderungen erfüllt werden können.

Am Jahresanfang hat der Vorstand für 2019 Risikolimites auf Basis unserer Risikotragfähigkeitsberechnung festgelegt. Unser Risikodeckungspotenzial und die bereitgestellten Limite reichten auf Basis unserer Risikoberichte sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die vorhandenen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurde das Konfidenzniveau auf 95,0 % und eine rollierende Zwölf-Monats-Betrachtung einheitlich festgelegt.

Die Risikotragfähigkeit wird vierteljährlich ermittelt. Wesentliche Bestandteile des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials in Höhe von 70,1 Mio. EUR sind das geplante Betriebsergebnis nach Bewertung und nach Steuern sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken nach 340g HGB.

Das auf der Grundlage des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials eingerichtete **Limitsystem** stellt sich zum 31. Dezember 2019 wie folgt dar:

Risikoart	Limit	Ermitteltes Risiko	
	TEUR	TEUR	%
Adressenausfallrisiken	16.500	12.445	75,4
Marktpreisrisiken	18.096	14.344	79,3
Beteiligungsrisiken	6.816	6.816	100,0
Liquiditätsrisiken	2.335	1.145	49,0
Operationelle Risiken	1.253	1.253	100,0

Da Beteiligungsrisiken und operationelle Risiken nur begrenzt steuerbar sind, wird hierfür ein „Risikopuffer“ im Rahmen der Risikotragfähigkeit zur Verfügung gestellt, der zu 100% ausgelastet ist.

Die zuständigen Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft.

Stresstests werden regelmäßig durchgeführt. Als Ergebnis dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei Eintritt des Stressfalls die Risikotragfähigkeit in allen Szenarien gegeben ist. Die regulatorische Mindest-Gesamtkapitalquote von 11,75% wird ebenfalls eingehalten. Die Überlebensperiode liegt bei allen Szenarien oberhalb der aufsichtsrechtlichen Mindest-Bestehensgrenze von einem Monat. Es ergibt sich aus den Stresstests aktuell kein Handlungsbedarf.

Um einen möglichen etwaigen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2024. Dabei wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung sowie den künftigen Kapitalbedarf getroffen, wie z. B. rückläufige Betriebsergebnisse aufgrund einer anhaltenden Niedrigzinsphase und jährliches Kreditwachstum im Kundengeschäft. Neben dem „real case“ Szenario wurden drei adverse Szenarien betrachtet. Für den im Rahmen der Kapitalplanung betrachteten Zeitraum können die Mindestanforderungen an die Eigenmittelausstattung auch bei adversen Entwicklungen vollständig eingehalten werden. Lediglich im adversen Szenario „Aufsichtsrecht“, in dem vor allem die voraussichtlichen Auswirkungen der CRR III ab dem Jahr 2022 berücksichtigt werden, ist ab dem Jahr 2023 die Emission von Nachrangkapital erforderlich, um die Mindest-Kapitalanforderungen zu erfüllen. Nach dem Ergebnis der Planungen besteht ein ausreichendes internes Kapital (einsetzbares Risikodeckungspotenzial), um die Risikotragfähigkeit im Betrachtungszeitraum unter Going-Concern-Aspekten sicherstellen zu können. Danach erhöht sich das für die Risikotragfähigkeit nach MaRisk verbleibende freie periodische Risikodeckungspotenzial deutlich. Auf Basis des aktuellen Risikoszenarios wäre die Risikotragfähigkeit damit weiterhin darstellbar.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen dienen die Einrichtung von Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen sowie insbesondere die Tätigkeit der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der Internen Revision.

Das **Risikocontrolling**, das aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Dem Risikocontrolling obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren sowie die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet das Risikocontrolling die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Risikoinventur und Risikofrüherkennung, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Es unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter der Abteilung Betriebswirtschaft wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt der Abteilungsleitung Betriebswirtschaft. Unterstellt ist sie dem Vorstand.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neuprodukt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen. Auch die mit der erstmaligen Emission von Hypotheken-Namenspfandbriefen nach § 27 PfandBG gestellten Anforderungen werden durch unser bestehendes Risikomanagementsystem erfüllt.

Das **Reportingkonzept** umfasst die regelmäßige Berichterstattung sowohl zum Gesamtbankrisiko als auch für einzelne Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen.

Der Risikoausschuss und der Verwaltungsrat werden vierteljährlich über die Risikosituation auf der Grundlage des Gesamtrisikoberichts informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

Die Sparkasse setzt zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuches einbezogen. Daneben ist die Sparkasse seit November 2019 an einer Kreditbasket-Transaktion der Sparkassen-Finanzgruppe beteiligt. Die hieraus resultierenden Kreditderivate halten wir sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps.

4.2. Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

4.2.1. Adressenrisiken

Unter dem Adressenrisiko wird eine negative Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, die durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich Ausfall eines Schuldners bedingt ist.

Das Adressenausfallrisiko umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners erfolgt.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, da aufgrund der Bonitätseinstufung ein höherer Spread gegenüber der risikolosen Kurve berücksichtigt werden muss.

Das Länderrisiko setzt sich zusammen aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferisiko. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein Schuldner sein, der nicht selbst ein öffentlicher Haushalt ist, aber seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

4.2.1.1. Adressenausfallrisiken im Kundengeschäft

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung der Kapitaldiensttragfähigkeit auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren bzw. externe Ratings) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten
- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung der Adressenausfallrisiken für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“. Es erfolgt eine integrierte Messung des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft mittels einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis der jährlich von der S-Rating- und Risikosysteme zur Verfügung gestellten Steuerdaten. Der für die Risikotragfähigkeit verwendete Risikowert ist der Value at Risk für einen Risikohorizont von 1 Jahr bei einem Konfidenzniveau von 95 %.
- Einsatz von Sicherungsinstrumenten zur Reduzierung vorhandener Risikokonzentrationen mittels Kreditbasket und Konsortialkrediten
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Das Kreditgeschäft der Sparkasse gliedert sich in zwei große Gruppen: Das Unternehmenskunden-/Kommunalkreditgeschäft und das Privatkundenkreditgeschäft.

Kreditgeschäft der Sparkasse	Gesamtobligo*	
	31.12.2019 Mio. EUR	31.12.2018 Mio. EUR
Unternehmen	1.956	1.845
Privatkunden	1.646	1.545
Öffentliche Haushalte	67	76
Sonstige Kreditnehmer	7	3
Gesamt	3.676	3.469

Tabelle: Kreditgeschäft der Sparkasse

*inklusive offene Kreditlinien, Darlehenszusagen, Kreditkartenlimite und Avale

Zum 31. Dezember 2019 wurden etwa 53,2 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 45,0 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden mit 69,4% die Ausleihungen an die gesamte Dienstleistungsbranche bzw. mit 48,3 % die Ausleihungen an die immobilisensensitiven Branchen Baugewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen und Bauträger.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts, 40,1 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG entfallen auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR. 23,3 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 10,0 Mio. EUR.

Die Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten bis mittleren Bonitäten bzw. geringeren bis mittleren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2019 ergibt sich im Kundengeschäft folgende Ratingklassenstruktur:

Bonitätsklasse	Volumen in %
1 bis 10	93,9
11 bis 15	4,7
16 bis 18	0,6
ohne Bonitätsklasse	0,8

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31. Dezember 2019 0,7 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgenden Bereichen: Größenkonzentration bei Großengagements ab 10 Mio. € Gesamtobligo, Branchenkonzentration bei den Branchen Dienstleistungen und den immobilisensensitiven Branchen, Konzentration im Bereich der regionalen, grundpfandrechtlichen Sicherheiten.

Insgesamt sind wir der Auffassung, dass unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Bonitätsgruppen gut diversifiziert ist.

Zur Absicherung von Adressenausfallrisiken hat die Sparkasse im November 2019 zwei Einzelkreditnehmer mit einem Kreditvolumen von insgesamt 6,0 Mio. EUR in die Sparkassen-Kreditbaskets (über die Emission von Originatoren-Credit Linked Notes) eingebracht.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Entwicklung der Risikovorsorge (inklusive Zinswertberichtigungen):

Art der Risikovorsorge in TEUR	Anfangsbestand per 01.01.2019	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2019
Einzelwertberichtigungen	4.444	969	1.210	567	3.636
Rückstellungen	0	15	0	0	15
Pauschalwertberichtigungen	7.330	567	0	0	7.897
Gesamt	11.774	1.551	1.210	567	11.548

Die Entwicklung der Risikovorsorge in 2019 zeigt im Vergleich zum Vorjahr insgesamt eine leicht rückläufige Entwicklung aufgrund höherer Auflösungen und Verbräuche als Neubildungen.

4.2.1.2. Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft

Die Adressenausfallrisiken im Eigengeschäft umfassen die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert, welche einerseits aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultiert, andererseits aus der Gefahr entsteht, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Schuldners innerhalb der Ratingklassen 1 bis 16 (gemäß Sparkassenlogik) ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungsrisiko und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Bonitätsabhängige Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand externer Ratingeinstufungen sowie eigener Analysen
- Regelmäßige Analyse der Deckungsstöcke der gehaltenen Pfandbriefe bzw. gedeckten Anlagen
- Berechnung des Adressenausfallrisikos für die Risikotragfähigkeit mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“

Die bilanziellen Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag einen Marktwert von 333,0 Mio. EUR. Wesentliche Positionen sind dabei die Schuldverschreibungen und Anleihen (309,3 Mio. EUR) und Aktien-ETF's (23,7 Mio. EUR). Zudem bestehen Derivate in Form von Zinsswaps mit einem Kreditäquivalenzbetrag von 58,2 Mio. EUR.

Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung der bilanziellen Eigenanlagen:

Externes Rating / Moody's / Standard & Poor's / in % des Buchwertes	AAA bis BBB-	BB+ bis BB-	B+ bis B-	schlechter als B-	Default	ungeratet
Ratingklassen	1 - 5	6 - 9	9 - 14	14 - 15	16 - 18	-
31.12.2019	91,1	1,8	0,0	0,0	0,0	7,1
31.12.2018	97,1	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Wertpapiere verfügen zu 91,1 % über ein Rating im Bereich des Investmentgrades (AAA bis BBB-). Keine Ratings liegen bei Anteilen an Aktien-ETF's vor, bei denen aber das Durchschnittsrating mit BBB ebenfalls im Investment Grade Bereich liegt.

Da wir schwerpunktmäßig in gedeckte und öffentliche Anleihen investieren, ergibt sich eine Konzentration an Öffentliche Haushalte, die zum Jahresende rund 45 % betrug. Konzentrationen bestehen darüber hinaus hinsichtlich der Forderungen an Kreditinstitute, vornehmlich Landesbanken, die zum Jahresende rund 46% ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, von denen ein hoher Anteil auf Gesellschaften der Sparkassen-Finanzgruppe entfällt.

Zum 31. Dezember 2019 hat die Sparkasse keine Direktanlagen in Staatsanleihen und keine Anleihen von KI und Unternehmen der wirtschaftsschwachen Staaten des Euro-Währungsraums im Bestand.

4.2.2. Marktpreisrisiken

Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Gefahren bezeichnet, die durch Veränderungen von markt-abhängigen Parametern wie Zinsen, Credit-Spreads, Volatilitäten, Fonds-, Fremdwährungs- und Aktienkursen zu Verlusten oder Wertminderungen führen können.

Die Zins- und Spreadrisiken für das Zinsspannenrisiko und das Bewertungsrisiko für Wertpapiere werden integriert gemessen. Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite. Die Bereiche Eigenhandel und Gesamtbanksteuerung haben die Aufgabe, den Vorstand bei der Umsetzung der Strategie zu unterstützen.

4.2.2.1. Marktpreisrisiken aus Zinsen (Zinsänderungsrisiken)

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. Ferner ist die Gefahr einer unerwarteten Rückstellungsbildung bzw. -erhöhung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 zu berücksichtigen. Im Sinne dieser Definition werden alle zinstragenden Positionen des Anlagebuchs betrachtet. Ebenso Teil des Zinsänderungsrisikos ist das Risiko, dass der geplante Zinskonditions- bzw. Strukturbeitrag unterschritten wird.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung, Überwachung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs mittels der IT-Anwendung Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus mittels Simulationsverfahren auf Basis verschiedener Risikoszenarien (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %). Die größte negative Auswirkung (Summe der Veränderung des Zinsüberschusses und des zins- und spreadinduzierten Bewertungsergebnisses bis zum Jahresende) im Vergleich zum Planszenario stellt das Szenario dar, welches auf das Risikotragfähigkeitslimit angerechnet wird.
- Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der fünf Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis
- Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts). Abweichungen zeigen ggf. einen Bedarf an Steuerungsmaßnahmen auf und dienen als zusätzliche Information für zu tätige Neuanlagen bzw. Absicherungen (u. a. durch Swapgeschäfte). Der Umfang der eingegangenen Zinsänderungsrisiken richtet sich neben der (periodischen) Risikotragfähigkeit vor allem am sogenannten „Zinsschockrisiko“ aus, das eine zentrale Basis für die Eigenmittelunterlegung von Zinsänderungsrisiken bildet.

- Aufbereitung der Cashflows für die Berechnung von wertorientierten Kennzahlen zur Benchmarkabweichung sowie des Zinsrisikokoeffizienten gemäß § 25a Abs. 2 KWG und BaFin-Rundschreiben 6/2019.
- Regelmäßige Überprüfung, ob bei Eintritt des unterstellten Risikoszenarios eine Rückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F. zu bilden wäre.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps in bedeutendem Umfang eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Zur Quantifizierung der impliziten Optionen wird die Sparkassenanwendung „S-ImplO“ genutzt. Positionen mit unbestimmter Zinsbindungs- bzw. Kapitalfälligkeit (variabel verzinsliche Produkte) werden über Mischungsverhältnisse verschiedener Geld- und Kapitalmarktzinssätze auf der Grundlage der gleitenden Durchschnitte abgebildet.

Auf Basis des Rundschreibens 9/2019(BA) der BaFin vom 12. Juni 2019 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2019 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 BP)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	-48.654	2.014

Konzentrationen bestehen bei den Zinsänderungsrisiken in folgendem Bereich:
Hoher Anteil variabel verzinslicher Passiva in der Bilanz der Sparkasse.

Um diese Konzentration zu begrenzen, werden regelmäßig und bei Bedarf Sicherungsgeschäfte in Form von Zinsswaps getätigt sowie regelmäßig Pfandbriefe emittiert.

4.2.2.2. Marktpreisrisiken aus Spreads

Das Spreadrisiko wird allgemein definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread der Aufschlag auf eine risikolose Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Im Sinne dieser Definition ist also eine Spread-Ausweitung, die sich durch eine Migration ergibt, dem Adressenausfallrisiko zuzuordnen. Implizit enthalten im Spread ist auch eine Liquiditätskomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der integrierten Zins- und Spreadrisiken aus verzinslichen Positionen mittels Szenarioanalyse (Haltedauer 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip, sofern Rentenpapiere enthalten sind
- Anrechnung der ermittelten integrierten Risiken auf das bestehende Risikolimit für Marktpreisrisiken
- Überwachung der Spreadentwicklung für öffentliche Anleihen

4.2.2.3. Aktienkursrisiken

Das Marktpreisrisiko aus Aktien wird definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Aktienkursen ergibt. Neben dem Marktpreisrisiko beinhalten Aktien auch eine Adressenrisikokomponente.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung der Marktpreisrisiken aus Aktien mittels Szenarioanalyse (Halteperiode 12 Monate, Konfidenzniveau 95,0 %)
- Berücksichtigung von Risiken aus (Renten-) Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Die Berechnungen der Aktienkursrisiken erfolgen im Bereich der Bewertungsrisiken integrativ mit den zins- und spreadinduzierten Risiken

Aktien werden in einem überschaubaren Umfang zurzeit ausschließlich in breit diversifizierten Aktien-ETF's gehalten. Die Positionen sollen in 2020 auf dem in 2019 erreichten Niveau verbleiben.

4.2.3. Beteiligungsrisiken

Das Risiko aus einer Beteiligung (Beteiligungsrisiko) umfasst die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert einer Beteiligung. Diese negative Abweichung setzt sich zusammen aus den Wertänderungen einer Beteiligung an sich, der negativen Abweichung zum erwarteten Ertrag (Ausschüttung) sowie dem Risiko eines Nachschusses. Das Risiko eines Nachschusses kann sich sowohl aus einer vertraglichen Vereinbarung als auch der Erwartung in Bezug auf eine Entscheidung im Krisenfall ergeben (aufgrund politischer oder ökonomischer Entwicklungen).

Je nach Beteiligungsart unterscheidet man nach dem Risiko aus Pflicht- und Verbundbeteiligungen (inkl. Funktionsbeteiligungen), strategischen Beteiligungen der regionalen Wirtschaftsförderung und Kapitalbeteiligungen.

Die Steuerung der Beteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie. Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassen- und Giroverbandes
- Ermittlung des Beteiligungsrisikos anhand eines Referenzmodells
- Regelmäßige Auswertung und Beurteilung der Jahresabschlüsse der Beteiligungsunternehmen

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente:

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Buchwert in Mio. EUR
Pflicht- und Verbundbeteiligungen (inkl. Funktionsbeteiligungen)	47,0
Strategische Beteiligungen der regionalen Wirtschaftsförderung	1,2
Kapitalbeteiligungen	0,0

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Daneben bestehen in geringem Umfang weitere Beteiligungen, die unter dem Gesichtspunkt der regionalen Wirtschaftsförderung eingegangen wurden.

Für die unverändert bestehende Verlustausgleichsverpflichtung für die Beteiligung Erste Abwicklungsanstalt (EAA) wurde in den Jahren 2009 bis einschließlich 2014 im Rahmen des bestehenden Anspannplans Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340 g HGB vorgenommen. Weitere Zuführungen sind seit dem Jahr 2015 bis auf Weiteres ausgesetzt. Da die aktuelle Entwicklung der EAA keine Verlustübernahme erwarten lässt, wird diese Beteiligung bei der Messung der Beteiligungsrisiken nicht berücksichtigt.

Konzentrationen bestehen im Beteiligungsportfolio aufgrund der Bündelung strategischer Verbundbeteiligungen innerhalb der Verbundbeteiligung RSGV. Zudem ergibt sich eine risikoartenübergreifende (Inter-) Konzentration in der S-Finanzgruppe (siehe auch Adressenausfallrisiko Eigenanlagen).

Eine Steuerung der Inter-Risikokonzentration S-Finanzgruppe durch die Sparkasse ist nur bedingt möglich, erfolgt aber durch die Gremien/ die Verbände. Die Entwicklung der ungedeckten Anlagen im Haftungsverband wird im Rahmen des Adressenrisikoreportings berücksichtigt. Zudem wird die Inter-Risikokonzentration auch in einem Stresstest betrachtet. Die mit den Pflicht- und Verbundbeteiligungen verbundenen Konzentrationen werden im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung adäquat berücksichtigt.

4.2.4. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungsrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden nachfolgend definierten Bestandteilen auch das Marktpliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/ oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko ist definiert als die Gefahr einer negativen Abweichung vom Erwartungswert der Refinanzierungskosten. Dabei sind sowohl negative Effekte aus veränderten Marktpliquiditätsspreads als auch aus einer adversen Entwicklung des eigenen Credit-Spreads maßgeblich. Zum anderen beschreibt es die Gefahr, dass negative Konsequenzen in Form höherer Refinanzierungskosten durch ein Abweichen von der erwarteten Refinanzierungsstruktur eintreten.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR i. V. m. der delVO 2015/61
- Monatliche Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Einhaltung der definierten Liquiditätsmindestreichweite
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassenorganisation
- Refinanzierung hauptsächlich über Kundeneinlagen und die Emission von Pfandbriefen
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ermittlung des Refinanzierungskostenrisikos in Form des zur Abdeckung eines mittels Szenarioanalyse ermittelten Liquiditätsbedarfs über den Risikohorizont resultierenden Aufwands
- Regelmäßige Überwachung der Refinanzierungsquellen zur Ermittlung und Begrenzung des Anteils einzelner Kontrahenten an der Gesamtfinaanzierung

Die Sparkasse hat einen Refinanzierungsplan aufgestellt, der die Liquiditätsstrategie und den Risikoappetit des Vorstands angemessen widerspiegelt. Der Planungshorizont umfasst den Zeitraum von 5 Jahren. Grundlage des Refinanzierungsplans sind die geplanten Entwicklungen im Rahmen der mittelfristigen Unternehmensplanung, in der die strategischen Ziele und das wirtschaftliche Umfeld berücksichtigt sind. Darüber hinaus wird auch ein Szenario unter Berücksichtigung adverser Entwicklungen durchgeführt.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Risiko- und Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Kundeneinlagen als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien sowie der Kursverfall der Eigenanlagen simuliert wird. An liquiditätsmäßig engen Märkten ist die Sparkasse nicht investiert.

Im Risikofall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag 1,25 Monate.

Die Liquiditätsdeckungsquote gemäß Art. 412 CRR beträgt zum 31. Dezember 2019 166 %; sie lag im Jahr 2019 jeweils zwischen 114 % und 207 %.

Konzentrationen bestehen bei dem Liquiditätsrisiko in folgendem Bereich: Hoher Bestand an täglich fälligen Kundeneinlagen. Diese Einlagen sind breit auf viele Kunden diversifiziert und nicht mit einem erhöhten Risiko für die Sparkasse verbunden. Zudem emittiert die Sparkasse regelmäßig Pfandbriefe.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

4.2.5. Operationelle Risiken

Unter operationellen Risiken versteht die Sparkasse die Gefahr von Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Jährliche Schätzung von operationellen Risiken auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen, die aus dem Szenario-Pool der S-Rating- und Risikosysteme GmbH (SR), aus selbst erarbeiteten hypothetischen Szenarien und aus gleichartigen wesentlichen Schadensfällen aus der Historie abgeleitet werden
- Regelmäßiger Einsatz einer Schadensfalldatenbank zur Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle
- Regelmäßige Messung operationeller Risiken mit der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ auf der Grundlage von bei der Sparkasse sowie überregional eingetretener Schadensfälle
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT
- Vermeidung oder zumindest Transfer (Versicherung) von Schäden, die durch das Schlagendwerden der operationellen Risiken auftreten, sofern die hierfür nötigen (Gegen-) Maßnahmen unter Kosten- / Nutzenaspekten sachgerecht sind

Konzentrationen bestehen bei den operationellen Risiken in folgenden Bereichen:

Aufgrund der ausschließlichen Nutzung von IT-Anwendungen des Sparkassenverbands bzw. der SR bestehen hohe Abhängigkeiten im Falle eines Ausfalls der IT. Hierzu bestehen vielfältige Sicherheitsvorkehrungen seitens des Rechenzentrums, der SR und der Sparkasse.

4.3 Chancenbericht

Unser „Chancenmanagement“ ist in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet laufenden Konjunktur, insbesondere aufgrund der regen Nachfrage nach Wohnungen und Büroflächen, die die Bautätigkeit stärker als prognostiziert ankurbeln könnte. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses führen.

Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung unserer Ertragskraft wollen wir zudem durch die laufende Optimierung unserer Prozesse nutzen.

Chancen erwarten wir aus unseren Investitionen in zukunftsweisende Informationstechnologien.

Diese Chancen wollen wir auch nutzen, indem wir neben der Filialpräsenz in der Fläche und der flächendeckend angebotenen SB-Technik das Multikanalbanking und die digitalen Vertriebskanäle weiter ausbauen.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassenorganisation die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen.

4.4 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Durch das Risikomanagement und -controlling der Sparkasse können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

Auf Basis unserer internen Risikoberichte bewegten sich die Risiken in 2019 innerhalb des vom Vorstand vorgegebenen Limitsystems. Das Gesamtbanklimit war am Bilanzstichtag mit 80,0 % ausgelastet. Demnach war und ist die Risikotragfähigkeit in der periodenorientierten Sicht gegeben. Die durchgeführten Stresstests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden können und die Auswirkungen auf das regulatorische Mindest-Gesamtkapital und die Liquidität tragbar wird.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Verbands teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von vier Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Auf Basis der durchgeführten Kapitalplanung ist bei den bestehenden Eigenmittelanforderungen bis zum Ende des Planungshorizonts keine Einschränkung der Risikotragfähigkeit zu erwarten.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen im Hinblick auf die durch die Regulatorik und die anhaltende Niedrigzinsphase belastete weiter rückläufige Ertragslage und nur begrenzt ausbaufähigen Eigenmitteln, denen wir durch eine konsequente Kostenoptimierung mit Auslagerungs-/Kooperationsansätzen begegnen.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage zum Jahresende 2019 als ausgewogen.

Die aktuelle „Coronavirus-Pandemie“ wird sicherlich spürbare Auswirkungen auf die Risikolage der Sparkasse, vor allem auf das Kreditgeschäft bzw. Adressenausfallrisiko, haben. Das Ausmaß ist nicht vorhersehbar. Aufbauend auf dem Stresstest „schwerer konjunktureller Abschwung“ wurde daher vereinfacht versucht, die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Risikosituation vorsichtig abzuschätzen. Die Effekte sind zwar massiv, können aber noch durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial abgedeckt werden. Zudem hat die Aufsicht bereits diverse Entlastungen für den Bankensektor signalisiert. So dürfen Banken beispielsweise temporär ihre Säule 2 Anforderungen (P2G / Eigenmittelzielkennziffer, SREP), den Kapitalerhaltungspuffer sowie die Liquiditätsdeckungsquote unterschreiten.

Mit Blick auf die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der „Coronavirus-Pandemie“ dürfte sich die Risikolage in 2020 daher verschlechtern. Je länger der Krisenzustand andauert, umso größer werden auch die negativen Auswirkungen auf die Sparkasse sein. Von zentraler Bedeutung werden hierbei die flankierenden Maßnahmen seitens der öffentlichen Hand und der Aufsicht sein, da der Bankensektor insgesamt massiv unter Druck geraten dürfte.

5. Prognosebericht

5.1. Rahmenbedingungen

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Ausblick 2020 – wirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Am Jahresanfang 2020 wurde vom Internationalen Währungsfonds (IWF) noch eine allmähliche Belebung der Weltkonjunktur im Jahr 2020 erwartet (Anstieg des Welthandels um 2,9 %). Die großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechneten für das Jahr 2020 mit einem etwas höheren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (+0,9 %) als im Jahr 2019 (+0,5 %). Der deutsche Arbeitsmarkt wurde in der Gesamtbetrachtung weiterhin als sehr robust bezeichnet. Für die Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland wurde mit +1,6 % ein etwas stärkerer Anstieg als im Jahr 2020 verzeichnet. In der Eurozone erwartete die EZB einen Anstieg um 1,1 % in 2020 sowie +1,4 % bzw. +1,6 % in den Folgejahren.

Die im I. Quartal 2020 zunehmende Ausbreitung des Coronavirus und die damit verbundene Pandemie wird negative Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung haben. Im März 2020 wurde vom Gesetzgeber ein Maßnahmenpaket beschlossen, das die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie abfedern soll. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen zu unterstützen. Die Bundesregierung betonte jedoch in diesem Zusammenhang auch, dass die Tragweite, die die Pandemie auf die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland haben wird, nicht seriös beschrieben werden könne, weil aussagekräftige Konjunkturindikatoren erst mit einiger Verzögerung vorliegen werden.

Auf den Kapitalmärkten waren jedoch bereits deutliche Reaktionen feststellbar. So hatte der Deutsche Aktienindex (DAX) nach seinem historischen Höchstwert am Jahresbeginn in den ersten beiden Monaten des Jahres 2020 erhebliche Einbußen zu verzeichnen. Deutsche Staatsanleihen wurden dagegen stark nachgefragt, so dass deren in den meisten Laufzeitbereichen negativen Renditen nochmals deutlich sanken.

Vor diesem Hintergrund sind alle gesamtwirtschaftlichen Prognosen für das Jahr 2020 zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prognoseberichts mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher können auch die möglichen Auswirkungen auf die unternehmensindividuellen Prognosen für das Geschäftsjahr 2020 noch nicht umfassend beurteilt werden. Negative Abweichungen von unseren Planungen können bei den wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren jedoch nicht ausgeschlossen werden. Im besonderen Maße dürfte dies für die Bewertung unserer Wertpapieranlagen sowie die notwendige Kreditrisikoversorge gelten.

In den folgenden Abschnitten 5.1.1 bis 5.1.3 wird nun zunächst die ursprüngliche Prognose der Sparkasse dargestellt, bevor jeweils am Ende der Abschnitte auf die durch die aktuelle Situation zu erwartenden Veränderungen kurz eingegangen wird.

5.1.1. Geschäftsentwicklung

Im Vergleich zu den sehr wachstumsstarken Jahren 2018 und 2019 planen wir mit Blick auf unsere Eigenkapitalentwicklung für das kommende Jahr mit einem moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft mit unseren Privat- und Firmenkunden.

Im Einlagengeschäft dominiert das anhaltende Negativ-Zinsniveau die Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für 2020 ein leichtes Wachstum der Kundeneinlagen.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft sowie aus der Auszahlung von offenen Zusagen aus dem Darlehensgeschäft 2019 für das Folgejahr einen weiteren Anstieg.

Im Dienstleistungsgeschäft wollen wir die guten Ergebnisse der Vergangenheit bestätigen und unsere Vertriebsstärke u.a. in den Bereichen Bausparen, Versicherungen und Wertpapieren auch im Jahr 2020 wieder erfolgreich einsetzen. Gerade im Bereich der Wertpapiere sehen wir vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen (Zinsniveau) dabei weiteres Potenzial, welches wir über ein angepasstes Vertriebskonzept heben möchten. Bei der Vermittlung von Immobilien wollen wir die gute Entwicklung ebenfalls bestätigen, wobei die Anzahl der zu vermittelnden Objekte nach wie vor stark eingeschränkt bleiben wird.

Aktuelle Einschätzung aufgrund der Auswirkungen der „Corona-Pandemie“:

Das Kundenkreditgeschäft dürfte in 2020 merklich geprägt sein von zusätzlichem Liquiditäts- / Finanzierungsbedarf bei besonders betroffenen Bestandskunden. Auch mögliche Tilgungsaussetzungen bzw. Stundungsmaßnahmen werden sich auf die Bestandsentwicklung auswirken. Insofern ist – auch, wenn das Geschäft mit Neukunden weitgehend zurückgefahren wird – mit einer unter dem Strich höheren als bislang geplanten Bestandsausweitung im Kreditgeschäft zu rechnen, die sich dann folgerichtig auch in einem höheren Anstieg der Bilanzsumme bemerkbar machen würde.

Im Einlagengeschäft ist keine eindeutige Tendenzaussage ableitbar; auf der einen Seite könnte es zu Liquiditätsabflüssen aufgrund der oben beschriebenen Sachverhalte insbesondere bei den Firmenkunden kommen, auf der anderen Seite könnten Sicherheitsüberlegungen der Kunden dazu führen, dass Liquidität aus anderen Vermögensklassen abgezogen und auf dem Bankkonto „geparkt“ werden.

Das Dienstleistungsgeschäft wird durch die aktuelle Situation voraussichtlich belastet, da u.a. Neuabschlüsse im Zusammenhang mit dem Finanzierungsgeschäft geringer ausfallen werden.

5.1.2. Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen durchgehend eingehalten werden können.

Für das Jahr 2020 sind weitere Investitionen in die Bereiche Digitalisierung, Vertriebsunterstützung und Modernisierung von Filialen geplant, wobei der Gesamtumfang der geplanten Investitionen unter dem Planwert für 2019 liegt.

Aktuelle Einschätzung aufgrund der Auswirkungen der „Corona-Pandemie“:

Die Finanz- und Liquiditätsplanung wird durch die aktuelle Unsicherheit ebenfalls beeinflusst; so sind bereits aktuell Verwerfungen in den Renditen am Geldmarkt erkennbar. Auf der anderen Seite setzen die Notenbanken alles in Bewegung, um die Wirtschaft zu stützen und Liquidität verstärkt bereitzustellen. Unter dem Strich wird es voraussichtlich dennoch zu Belastungen der Liquiditätslage kommen. Wir sehen uns u.a. aufgrund unserer überwiegend kleinteiligen Refinanzierung sowie der freien Deckungsmasse in unserem Pfandbrief-Deckungsstock gut aufgestellt und werden die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sowie die Einhaltung der bankaufsichtlichen Anforderungen sicherstellen – gegebenenfalls ist dies jedoch mit erhöhten Liquiditätsaufschlägen verbunden, was sich wiederum negativ auf die Ertragslage auswirken könnte.

5.1.3. Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund der weiterhin flachen Zinsstrukturkurve in Verbindung mit dem anhaltend niedrigen Zinsniveau mit einem um 2,2 Mio. EUR verringerten Zinsüberschuss.

Beim Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem leichten Anstieg um 0,7 Mio. EUR aus. Wir erwarten verbesserte Erträge im Wertpapiergeschäft und einen geringeren Provisionsaufwand für die Vermittlungen im Kundengeschäft.

Trotz unseres stringenten Kostenmanagements wird der Verwaltungsaufwand leicht um bis zu 0,4 % steigen. Für die Personalkosten erwarten wir einen Rückgang in der Größenordnung von -2,2% durch bereits eingeleitete Personalmaßnahmen. Damit können erwartete Kostensteigerungen im Sachaufwand teilweise kompensiert werden.

Insgesamt ergibt sich unter Berücksichtigung der vorgestellten Annahmen für das Jahr 2020 ein sinkendes Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 0,60 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 3,6 Mrd. EUR.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. In unserer Planung haben dennoch wiederum eine – im Vergleich zu den sehr guten Ergebnissen der Vorjahre – vergleichsweise hohe Risikovorsorge berücksichtigt.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen rechnen wir aufgrund der nach wie vor hohen Unsicherheiten an den Kapitalmärkten mit einem per Saldo leicht negativen Bewertungsergebnis.

Bewertungserfordernisse für das Beteiligungsportfolio werden auf Basis aktueller Daten nicht gesehen, so dass für 2020 kein Betrag eingeplant ist.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir für das Geschäftsjahr 2020 folgende Entwicklung unserer weiteren bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren:

Finanzielle Leistungsindikatoren:

Für die CIR gehen wir in der Planung aufgrund des rückläufigen Betriebsergebnisses und des gestiegenen Verwaltungsaufwandes von einem höheren Wert aus, als er im Jahr 2019 erreicht wurde.

Für die Gesamtkapitalquote erwarten wir für 2020 eine Steigerung auf rd. 15,2 %. Grundlage für die Planung ist das durch die hohe Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken verbesserte Eigenkapital sowie ein Anstieg der Gesamtrisikoposition, der deutlich unter dem Zuwachs des Berichtsjahres liegt.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren:

Im Personalbereich wird mit einem weiteren Rückgang der Mitarbeiterkapazitäten gerechnet.

Die Sparkasse wird sich auch in 2020 innerhalb der Stadt Leverkusen neben der reinen Tätigkeit als Kreditinstitut unverändert für soziale und kulturelle Projekte engagieren und entsprechende Maßnahmen unterstützen.

Aktuelle Einschätzung aufgrund der Auswirkungen der „Corona-Pandemie“:

Die Ertragsplanung wird durch die Corona-Pandemie deutlich beeinflusst: die Erträge dürften auf der einen Seite sowohl auf der Zins- (mögliche Aussetzungen von Darlehensraten) als auch auf der Provisionsseite (geringere Bestandsprovisionen im Wertpapiergeschäft, weniger Neugeschäft rund um das Finanzierungsgeschäft) Belastungen erfahren. Auf der anderen Seite führt eine Ausweitung der Kreditbestände durch zusätzlichen Finanzierungsbedarf der Kunden zu zusätzlichen Zinserträgen. Bei den Aufwandspositionen dürften die Auswirkungen eher gering ausfallen.

Im Betriebsergebnis vor Bewertung wird unter dem Strich mit einer Verbesserung zum ursprünglichen Plan gerechnet.

Bei den Bewertungsergebnissen droht jedoch eine deutliche Belastung: Im Wertpapierbereich ist bereits zum Ende des ersten Quartals 2020 aufgrund der schnellen und deutlichen Reaktion der Aktienmärkte auf die Krise ein potenzieller Bewertungsbedarf aufgelaufen; im Kreditbewertungsergebnis ist

dies noch nicht akut der Fall, dennoch ist damit zu rechnen, dass viele Kreditnehmer insbesondere bei einem längeren Anhalten der Kontaktbeschränkungen und der Bewegungsfreiheit in Zahlungsschwierigkeiten geraten werden. Insofern dürften in beiden Kategorien die ursprünglichen Planwerte nicht einzuhalten sein – wie hoch letztlich aber die Auswirkungen sein werden, ist zu so einem frühen Zeitpunkt der Krise schwer absehbar.

Bei den finanziellen Leistungsindikatoren ist folgerichtig mit einer leichten Reduktion der CIR zu rechnen; die Gesamtkapitalquote dürfte Ende des Jahres 2020 leicht unter 15% liegen. Die nicht-finanziellen Leistungsindikatoren sollten durch die „Corona-Pandemie“ dagegen nicht wesentlich beeinflusst werden.

5.2. Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2020 lässt insgesamt erkennen, dass das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld auch an der Sparkasse nicht spurlos vorübergeht.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2020 beurteilen wir in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch zufriedenstellend.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind; bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Insbesondere bei einer stärkeren konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben, die sich dann vornehmlich durch einen erhöhten Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft niederschlagen würden.

Darüber hinaus ergeben sich Unsicherheiten auch aufgrund der unklaren weiteren Entwicklung der regulatorischen Rahmenbedingungen und Anforderungen (u.a. Basel IV, Einlagensicherung, Privilegierung im Haftungsverbund). Mögliche Verschärfungen können zu weiteren Belastungen führen, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

Doch auch diese möglichen Entwicklungen wurden – soweit möglich - im Rahmen der vorausschauenden Kapitalplanung berücksichtigt und wären durch die Sparkasse tragbar.

Insgesamt sieht sich die Sparkasse somit solide und robust aufgestellt für ein sich abzeichnendes schwieriges Markt- und Wettbewerbsumfeld in den kommenden Jahren.

Aktuelle Einschätzung aufgrund der Auswirkungen der „Corona-Pandemie“:

Die gesamtwirtschaftlichen Folgen der im 1. Quartal 2020 zunehmenden Ausbreitung des Coronavirus sind aufgrund der hohen Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Pandemie schwer abzusehen. Auch wenn Bund und Länder mit Hilfspaketen, Finanzierungszusagen und Zuschüssen versuchen, die Folgen abzumildern, wird der Finanzsektor von den Folgen deutlich betroffen sein. Aller Voraussicht nach werden sich im Jahr 2020 und darüber hinaus auch negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage sowie die Risikolage der Sparkasse ergeben, deren Ausprägung von der Dauer und Intensität der Pandemie und der Wirksamkeit der staatlichen Maßnahmen abhängig sein wird. Nach Eindämmung der Pandemie erwarten wir eine sukzessive Normalisierung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Leverkusen, den 31. März 2020

Der Vorstand

Rainer Schwarz

Markus Grawe

Anhang zum Jahresabschluss 2019

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

B. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeines

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich stetig angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Zinsabgrenzungen aus negativen Zinsen wurden als Forderung bzw. Verbindlichkeit gesondert vom Grundgeschäft ausgewiesen.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit) haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden bei Festzinsdarlehen kapitalanteilig nach der Zinsstaffelmethode auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt. Für Darlehen mit variablem Zinssatz werden Disagien und laufzeitunabhängige Einmalkosten (Bearbeitungsprovisionen) auf die Gesamtlaufzeit verteilt.

Eingetretenen Risiken aus Forderungen wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand haben wir Pauschalwertberichtigungen gebildet. Mit Blick auf den vom IDW Anfang 2020 veröffentlichten Standard IDW ERS BFA 7 zur Bemessung von Pauschalwertberichtigungen bilden wir seit dem vorhergehenden Jahresabschluss eine Pauschalwertberichtigung in Höhe des auch für Zwecke des internen Risikomanagements ermittelten und verwendeten erwarteten Verlusts über einen Betrachtungszeitraum von 12 Monaten. Wir orientieren uns damit an der vom IDW vorgeschlagenen Mindesthöhe einer Pauschalwertberichtigung.

Von Kunden im Zusammenhang mit einer vorzeitigen Anpassung von Festzinsvereinbarungen an das aktuelle Marktzinsniveau erhaltene Ausgleichsbeträge wurden wie Vorfälligkeitsentgelte unmittelbar in voller Höhe erfolgswirksam vereinnahmt.

Wertpapiere

Die Zuordnung von Wertpapieren zur Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) haben wir im Geschäftsjahr nicht geändert. Im Geschäftsjahr 2019 haben wir Wertpapiere erworben, die wir dem Anlagevermögen zugeordnet haben.

Wertpapiere der Liquiditätsreserve (Umlaufvermögen) sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen (Anlagevermögen), wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Soweit für die Wertpapiere ein aktiver Markt bestand, wurde der Marktpreis für die Bewertung herangezogen. Für die Abgrenzung, ob ein aktiver Markt vorliegt, haben wir abweichend zum Vorjahr die Kriterien zugrunde gelegt, die in der MiFiD II (Markets in Financial Instruments Directive - Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014) für die Abgrenzung eines liquiden von einem illiquiden Markt festgelegt wurden. Auf Basis dieser Abgrenzungskriterien liegen für die festverzinslichen Wertpapiere ausschließlich nicht aktive Märkte vor.

In den Fällen, in denen wir nicht von einem aktiven Markt ausgehen konnten, haben wir die Bewertung anhand von Kursen des Kursinformationsanbieters Refinitiv vorgenommen, auf die unser bestandsführendes System Simcorp Dimension (SCD) zurückgreift. Dieser Kursermittlung liegt ein Discounted Cashflow-Modell unter Verwendung laufzeit- und risikoadäquater Zinssätze zugrunde.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen, sowohl bei dauerhafter als auch bei einer nur vorübergehenden Wertminderung, bilanziert.

Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie am Bilanzstichtag bereits eingefordert wurden.

Die Beteiligungsbewertung erfolgt grundsätzlich auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 nach dem Ertragswertverfahren. Andere Bewertungsmethoden kommen dann zum Einsatz, wenn die Art bzw. der betragsliche Umfang der Beteiligung dies rechtfertigen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Für Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten von mehr als 250 Euro bis 1.000 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Die Gebäude werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Vor Inkrafttreten des BilMoG angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Rückstellungen

Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Hierzu haben wir eine Einschätzung vorgenommen, ob dem Grunde nach rückstellungspflichtige Tatbestände vorliegen und ob nach aktuellen Erkenntnissen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit eine Inanspruchnahme zu erwarten ist. In Einzelfällen haben wir dabei auch auf die Einschätzung externer Sachverständiger zurückgegriffen. Bei der Beurteilung von Rechtsrisiken haben wir die aktuelle Rechtsprechung berücksichtigt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr erfolgt eine Abzinsung. Die Abzinsung erfolgt mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre. Bei der Bestimmung des Diskontierungszinssatzes sind wir grundsätzlich davon ausgegangen, dass Änderungen des Zinssatzes jeweils zum Jahresende eingetreten sind. Entsprechend sind wir für die Bestimmung des Zeitpunktes der Änderungen des Verpflichtungsumfanges bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs vorgegangen.

Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Aufzinsungseffekte weisen wir unter den Zinsaufwendungen aus.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Dabei werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3 % und Rentensteigerungen von 2 % unterstellt. Der Berechnung der Pensionsrückstellungen wurde ein vom Pensionsgutachter auf das Jahresende 2019 prognostizierter Durchschnittszinssatz von 2,71 %, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt, zugrunde gelegt. Die Ermittlung dieses durchschnittlichen Zinssatzes basiert auf einem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu fünf Jahre. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Verträge beträgt zwei Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz.

Bilanzierung und Bewertung von Derivaten

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuch) einbezogen und somit nicht einzeln bewertet.

Die laufenden Zinszahlungen aus Zinsswapgeschäften sowie die entsprechenden Zinsabgrenzungen werden je Zinsswap saldiert ausgewiesen.

Kreditderivate halten wir sowohl in der Position des Sicherungsnehmers als auch als Sicherungsgeber. Dabei handelt es sich um in emittierte Credit Linked Notes eingebettete Credit Default Swaps. Als Sicherungsnehmer haben wir die Sicherungswirkung des Credit Default Swaps im Hinblick auf die vertraglichen Vereinbarungen und unsere Halteabsicht bis zur Fälligkeit bei der Bewertung der gesicherten Geschäfte berücksichtigt. In der Position des Sicherungsgebers gehaltene Kreditderivate behandeln wir aufgrund des vereinbarten Sicherungszwecks (Ausfallrisiko) und unserer Dauerhalteabsicht als gestellte Kreditsicherheit. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den für das Bürgschafts- und Garantiekreditgeschäft geltenden Regeln. Verbindlichkeitsrückstellungen für eine mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwartende Inanspruchnahme mussten wir nicht bilden. Den Nominalbetrag dieser Kreditderivate haben wir unter der Bilanz als Eventualverbindlichkeit (Bilanzvermerk) angegeben.

Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage der vom IDW veröffentlichten Stellungnahme zur Rechnungslegung RS BFA 3 im Rahmen einer wertorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente mit vergleichbarer maximaler Zinsbindungsdauer. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in EUR umgerechnet.

Unsere Währungsbestände sind besonders gedeckt. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung ausgeschlossen wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um lfd. Konten von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind.

Ergebnisse aus der Währungsumrechnung wurden je Währung saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in EUR umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten (einschl. Eventualverbindlichkeiten) beträgt 2.471,0 Tsd. EUR bzw. 8.718,6 Tsd. EUR.

C. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Forderungen an die eigene Girozentrale	9.392,4	18.278,8

Der Unterposten c) - andere Forderungen (ohne Bausparguthaben) - setzt sich für nicht täglich fällige Forderungen nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2019 Tsd. EUR
bis drei Monate	329,7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23,9
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	15.000,0
mehr als fünf Jahre	-

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.401,9	3.425,7

Der Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2019 Tsd. EUR
bis drei Monate	55.731,3
mehr als drei Monate bis ein Jahr	131.717,9
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	637.917,0
mehr als fünf Jahre	2.182.086,3
Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	43.140,5

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederung einbezogen.

Aktiva 5 – Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Beträge, die bis zum 31.12 (Folgejahr) fällig werden	25.078,4	56.546,8

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Angabe der im Folgejahr fälligen Beträge einbezogen.

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2019 Tsd. EUR
börsennotiert	293.607,2
nicht börsennotiert	6.002,4

Bei den börsennotierten Wertpapieren handelt es sich um Anleihen und Schuldverschreibungen der Bundesländer Berlin, Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie um Schuldverschreibungen und Pfandbriefe von inländischen Kreditinstituten.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 6 – Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

	31.12.2019 Tsd. EUR
börsennotiert	23.696,1
nicht börsennotiert	-

Der Bestand in Aktiva 6 beinhaltet Anlagen in Aktienfonds der Sparkassenorganisation, die im Rahmen einer nachhaltigen Vermögensallokation zur Risikostreuung eingesetzt werden.

Aktiva 7 – Beteiligungen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB:

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital Tsd. EUR		Jahresergebnis Tsd. EUR	
RSGV Rheinischer Sparkassen - und Giroverband	Düsseldorf	2,102%	1.050.504,3	*1	Nicht veröffentlicht	*1
Erwerbsgesellschaft der S-Fi- nanzgruppe GmbH & Co.KG	Neuharden- berg	0,318%	3.366.585,4	*1	Nicht veröffentlicht	*1
Rheinische Sparkassen Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG	Düsseldorf	2,756%	114.497,1	*2	6.608,4	*2
S-Direkt Verwaltungsgesellschaft mbH & Co.KG	Düsseldorf	0,75%	17.662,3	*1	Nicht veröffentlicht	*1
Sparkassen Dienstleistung Rheinland GmbH & Co.KG	Düsseldorf	2,503%	13.694,3	*1	658,4	*1
S-International Rhein-Ruhr Beteiligungs GmbH	Essen	4,658%	318,3	*1	59,2	*1
WFL Wirtschaftsförderung Leverkusen GmbH	Leverkusen	20,00%	1.385,0	*1	-875,7	*1

Erläuterungen:

*1 Eigenkapital per 31.12.2018 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2018

*2 Eigenkapital per 30.09.2018 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2018

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 8 – Verbundene Unternehmen

Angaben zu Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 1 HGB:

Name	Sitz	Anteil am Kapital in %	Eigenkapital Tsd. EUR		Jahresergebnis Tsd. EUR	
Euphrasia Grundstücksverwaltungs-ges.mbH & Co.Vermietungs KG	Mainz	100%	7,8	*1	-1,3	*1
Kenaf Grundstücksverwaltungs-ges.mbH & Co.Vermietungs KG	Mainz	100%	-1.371,3	*1	213,4	*1
Sparkasse Leverkusen Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH	Leverkusen	100%	1.043,7	*1	-6,4	*1
AMBV Atrium-Mall Betriebs- und Vermietungsgesellschaft mbH	Leverkusen	54%	391,4	*1	-38,6	m *1
S-Versicherungsagentur GmbH	Leverkusen	100%	25,6	*1		*2

Erläuterungen:

m mittelbar verbundenes Unternehmen

*1 Eigenkapital per 31.12.2018 unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses 2018

*2 Die Angabe des Jahresergebnisses entfällt, da der Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag wegen eines Gewinnabführungsvertrages regelmäßig ausgeglichen ist.

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wurde auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses gem. § 296 Abs. 2 HGB verzichtet.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 9 – Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen betrifft in voller Höhe die Forderungen an Kunden.

Aktiva 12 – Sachanlagen

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR
Im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	2.410,7

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 13 – Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende nicht unwesentliche Einzelposten enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR
- Mieterdarlehen aus Immobilien-Einbringungsmodellen der Deutsche-Anlagen-Leasing GmbH	3.809,5
- Forderung aus Gewinnabführungsvertrag	3.350,6

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagespiegel dargestellt.

Aktiva 14 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten ist enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten	23,7	39,9

Entwicklung des Anlagevermögens

	Entwicklung der Anschaffungs- / Herstellungskosten						Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Bilanzwert	
	Stand 01.01.2019	Veränderungen des Geschäftsjahres			Stand 31.12.2019	Stand 01.01.2019	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Zuschrei- bungen des Geschäfts- jahres	Änderung der Abschreibungen (des Geschäftsjahres) in Zusammenhang mit		Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2018		
	Tsd. EUR	Zugänge	Abgänge	Umbu- chungen	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Zugang	Abgang	Umbu- chung	Tsd. EUR	Tsd. EUR	
Schuldver- schreibungen und andere festverzinsli- che Wertpa- piere	0,0	6.000,0	0,0	0,0	6.000,00	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6.000,0	0,0	
Grundstücke und Bauten	14.651,4	0,0	257,2	0,0	14.394,2	11.563,7	148,5	0,0	0,0	117,3	0,0	2.799,3	3.087,6	
Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	18.822,3	1.249,5	835,3	0,0	19.236,4	15.355,3	1.008,0	0,0	106,0	834,0	0,0	3.707,1	3.466,9	
Immaterielle Anlagewerte	539,2	61,4	0,0	0,0	600,5	463,8	52,6	0,0	7,2	0,0	0,0	84,1	75,4	
						Veränderungen zusammengefasst								
						Tsd. EUR								
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.098,1					0,0						1.098,1	1.098,1	
Beteiligun- gen	57.849,8					-10.743,1						47.106,7	47.106,5	
Sonstige Ver- mögensge- genstände	3.164,1					651,4						3.815,5	3.164,1	

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale	1.955,0	4.109,2

Die Unterposten a) – c) setzen sich für nicht täglich fällige Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2019 Tsd. EUR
bis drei Monate	32.737,7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.759,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	168.513,6
mehr als fünf Jahre	249.151,0

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederungen einbezogen.

Zur Besicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Weiterleitungsmitteln in Höhe von 175.632,8 Tsd. EUR wurden Forderungen an Kunden in gleicher Höhe abgetreten.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus Pfandbriefen (Namenspapiere) sind 241.221,3 Tsd. EUR enthalten, die durch eigene Vermögensgegenstände (Wertpapiere und Grundpfandrechte) besichert sind.

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

In diesem Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	6.372,6	5.788,7
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.152,2	348,4

Die Unterposten a) – Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe – setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2019 Tsd. EUR
bis drei Monate	0,0
mehr als drei Monate bis ein Jahr	0,0
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.000,0
mehr als fünf Jahre	138.000,0

Der Unterposten c) cb) – Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten – setzt nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2019 Tsd. EUR
bis drei Monate	4.525,6
mehr als drei Monate bis ein Jahr	3.395,2
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	520,2
mehr als fünf Jahre	0,0

Der Unterposten d) – andere Verbindlichkeiten – setzt sich für nicht täglich fällige Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

	31.12.2019 Tsd. EUR
bis drei Monate	79.246,7
mehr als drei Monate bis ein Jahr	52.387,6
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.277,0
mehr als fünf Jahre	10.000,0

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Fristengliederungen einbezogen.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden aus Pfandbriefen (Namenspapiere) sind 159.465,6 Tsd. EUR enthalten, die durch eigene Vermögensgegenstände (Wertpapiere und Grundpfandrechte) besichert sind.

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

In diesen Posten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR
Im Unterposten a) – begebene Schuldverschreibungen – sind bis zum 31.12.2020 fällige Beträge enthalten	3.281,0

Anteilige Zinsen werden nach § 11 Satz 3 RechKredV nicht in die Angabe der im Folgejahr fälligen Beträge einbezogen.

Passiva 4 – Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR	31.12.2018 Tsd. EUR
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	1.857,4	2.166,1

Passiva 7 – Rückstellungen

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und deren Ansatz nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt zum 31. Dezember 2019 2.463,1 Tsd. EUR.

Eine Ausschüttungssperre besteht nicht, da in Vorjahren bereits in entsprechender Höhe die Sicherheitsrücklage dotiert wurde.

Passiva 9 – Nachrangige Verbindlichkeiten

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Betrag Tsd. EUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	Rückzahlungsverpflichtung
900	EUR	3,85	18.02.2020	ja
500	EUR	4,00	14.06.2021	ja

Die nachrangigen Verbindlichkeiten von insgesamt 80,9 Tsd. EUR, die im Einzelfall 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen, haben eine Durchschnittsverzinsung von 2,42 % und ursprüngliche Laufzeiten von acht Jahren; davon werden in dem Jahr, das auf den Bilanzstichtag folgt, 80,9 Tsd. EUR fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 154,8 Tsd. EUR angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

In dem unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten ist folgender nicht unwesentlicher Einzelposten enthalten:

	31.12.2019 Tsd. EUR
Credit Default Swap	6.000,0

In diesem Posten werden übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden. Sofern dies im Einzelfall nicht mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden kann, haben wir ausreichende Rückstellungen gebildet. Sie sind vom Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten abgesetzt worden.

Andere Verpflichtungen

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

D. ANGABEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**Gewinn- und Verlustrechnung 1 – Zinserträge**

In diesem Posten sind aperiodische Erträge in Höhe von 2.291,8 Tsd. EUR für zukünftige Jahre enthalten, die hauptsächlich aus vorzeitigen Darlehensrückzahlungen resultieren.

Gewinn- und Verlustrechnung 2 – Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Close-out-Zahlungen aus vorzeitigen Beendigungen von Derivaten zur Zinsbuchsteuerung in Höhe von 4.014,8 Tsd. EUR enthalten.

E. SONSTIGE ANGABEN**Angaben zu Pfandbriefen**

Die Sparkasse hat im Berichtsjahr zwei weitere Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz (PfandBG) emittiert. Es wurden Hypotheken-Namenspfandbriefe mit einem Nominalwert von 30,0 Mio. EUR platziert. Die Sparkasse hat seit 2011 vierzig Pfandbriefemissionen durchgeführt. Es wurden Hypotheken-Namenspfandbriefe mit einem Nominalwert von 397,8 Mio. EUR platziert.

Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über unsere Homepage im Internet (www.sparkasse-lev.de) regelmäßig erfüllt.

Zum 31.12.2019 stellt sich die Deckungsrechnung wie folgt dar:

(Deckungsrechnung im Sinne des § 28 PfandBG zum 31.12.2019)

Die im Hypothekendeckungsregister aufgeführten Realdarlehen (517,5 Mio. EUR) werden in der Bilanz unter Forderungen an Kunden ausgewiesen. Die Wertpapiere zur Deckung der Hypothekenpfandbriefe (17,0 Mio. EUR) finden sich in der Bilanz unter „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“.

Deckungsrechnung für Pfandbriefe 1:

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG zum Gesamtbetrag (Angaben in Mio. EUR):

	Nennwert		Barwert		Risikobarwert *) (Verschiebung nach oben)		Risikobarwert *) (Verschiebung nach unten)	
	IV 2019	IV 2018	IV 2019	IV 2018	IV 2019	IV 2018	IV 2019	IV 2018
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	397,80	367,80	436,24	396,39	373,67	336,88	515,84	471,66
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	534,53	454,46	596,20	500,11	523,49	441,31	688,06	574,21
davon gattungs-klassische Deckungswerte	517,53	439,46	578,79	485,00	507,25	427,13	688,66	557,16
davon sonstige Deckungswerte	17,00	15,00	17,41	15,11	16,25	14,18	19,40	17,05
Überdeckung in %	34,37%	23,56%	36,67%	26,17%	40,09%	31,00%	33,39%	21,74%
Sichernde Überdeckung § 4 Abs.1 PfandBG in %			3,57%					

Erläuterungen:

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

*) nach statischem Verfahren gem. PfandBarwertV

Deckungsrechnung für Pfandbriefe 2:

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG zu Laufzeitstruktur und Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse (Angaben in Mio. EUR):

	Laufzeitstruktur IV 2019		Laufzeitstruktur IV 2018		Überhang	
	Deckungsmasse	Pfandbriefumlauf	Deckungsmasse	Pfandbriefumlauf	IV 2019	IV 2018
bis zu 6 Monaten	32,68	0,00	22,63	0,00	32,68	22,63
mehr als 6 Monaten bis zu 12 Monaten	18,66	0,00	9,47	0,00	18,66	9,47
mehr als 12 Monaten bis zu 18 Monaten	17,91	0,00	11,41	0,00	17,91	11,41
mehr als 18 Monaten bis zu 2 Jahren	26,47	35,00	26,36	0,00	-8,53	26,36
mehr als 2 Jahren bis zu 3 Jahren	37,84	50,00	41,69	35,00	-12,16	6,69
mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren	44,51	35,00	43,45	50,00	9,51	-6,55

	Laufzeitstruktur IV 2019		Laufzeitstruktur IV 2018		Überhang	
	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	Deckungs- masse	Pfandbrief- umlauf	IV 2019	IV 2018
mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren	43,08	30,00	38,33	35,00	13,08	3,33
mehr als 5 Jahren bis zu 10 Jahren	226,54	164,80	201,21	164,8	61,74	36,41
über 10 Jahren	86,85	83,00	59,91	83,00	3,85	-23,09

Erläuterungen:

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate.

Deckungsrechnung für Pfandbriefe 3:

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG zur Zusammensetzung der Deckungsmasse (Angaben in Mio. EUR):

Gattungsklassische Deckung	IV 2019	IV 2018	Anteil an Deckungs- masse in %
nach Größenklassen			
bis zu 300 TEUR	350,72	314,05	
mehr als 300 TEUR bis zu 1 Mio. EUR	104,28	73,79	
mehr als 1 Mio. EUR bis zu 10 Mio. EUR	62,53	51,61	
mehr als 10 Mio. €	0,00	0,00	
nach Nutzungsart (I) in Deutschland			
wohnwirtschaftlich	469,16	395,97	
gewerblich	48,37	43,49	
nach Nutzungsart (II) in Deutschland			
Eigentumswohnungen	105,91	88,55	20,46%
Ein- und Zweifamilienhäuser	225,43	200,56	43,56%
Mehrfamilienhäuser	137,82	107,66	26,63%
Bürogebäude	18,76	13,05	3,63%
Handelsgebäude	16,54	17,31	3,20%
Industriegebäude	0,00	0,00	0,00%
sonst. gewerblich genutzte Gebäude	13,06	12,33	2,52%
unfertige und noch nicht ertragsfähige Neubauten	0,00	0,00	0,00%
Bauplätze	0,00	0,00	0,00%

Sonstige Deckung	IV 2019	IV 2018	Anteil an Pfandbrief- umlauf in %
sonst. Deckungswerte	17,00	15,00	4,27%
weitere Deckung gem. § 19 Abs. 1 Nr.2-3 PfandBG brutto	0,00	0,00	0,00%
davon Auslastung nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG höchste Geldforderung gegen ein KI	0,00	0,00	0,00%
Gesamtauslast. nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	0,00	0,00	0,00%
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet)	15,20	13,20	3,82%
Deckung für Liquiditätssicherung	1,80	1,80	0,45%
Summe gattungsklassische und weitere Deckung	517,53	439,46	130,10%

Erläuterungen:

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

Deckungsrechnung für Pfandbriefe 4:

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG über rückständige Forderungen (Angaben in Mio. EUR):

	IV 2019	IV 2018
Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Forderungen	0,00	0,00
Forderungen mit mindestens 5% Rück- standsbeitrag	0,00	0,00

Deckungsrechnung für Pfandbriefe 5:

Anhang des Jahresabschlusses (Angaben in Mio. EUR):

	wohnwirtschaftlich		gewerblich	
	IV 2019	IV 2018	IV 2019	IV 2018
Anzahl der am Abschlusstag anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der im Geschäftsjahr durchge- führten Zwangsversteigerungen	0,00	0,00	0,00	0,00
Anzahl der im Geschäftsjahr zur Verhü- tung von Verlusten übernommenen Grundstücke	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	0,00	0,00	0,00	0,00

Latente Steuern

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes (inklusive Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und eines Gewerbesteuersatzes von 16,63 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Beteiligungen und Rückstellungen.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Derivative Finanzinstrumente

Die Sparkasse Leverkusen hat zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken Zinsswapgeschäfte abgeschlossen. Die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäfte ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle der nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente. Bei den Deckungsgeschäften handelt es sich um die in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte.

	Nominalbeträge in Mio. EUR				Beizulegende Zeitwerte ¹⁾ in Mio. EUR		Buchwerte ²⁾ in Mio. EUR	
	nach Restlaufzeiten			Insgesamt	Markt- preis	Preis nach Bewertungs- methode	up- front- payment	Rück- stellung
	bis 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre					
Zinsbezogene Geschäfte								
Termingeschäfte								
Zinsswaps	135,0	570,0	495,0	1.200,0		+ 8,7 -31,2	0	
Summe	135,0	570,0	495,0	1.200,0				
davon: Deckungsgeschäfte	135,0	570,0	495,0	1.200,0				

Erläuterungen:

- 1) Negative Zeitwerte aus Sicht der Sparkasse werden mit Minus angegeben.
- 2) Up-Front-Payment/Rückstellung

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Zinsswaps wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fand die Euro Swap-Zinskurve per 31.12.2019 Verwendung. Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean price).

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich ausschließlich um deutsche Kreditinstitute, im Wesentlichen um die eigene Girozentrale.

Darüber hinaus besteht ein Credit Default Swap mit einem Volumen von 6,0 Mio. €, bei dem die Sparkasse Sicherungsgeber ist. Eine Eventualverbindlichkeit in Höhe von 6,0 Mio. € wurde auf der Passivseite unter dem Bilanzstrich im Posten 1b) vermerkt.

Zusätzlich hat die Sparkasse Kreditforderungen in Höhe von 6,0 Mio. € durch die Hereinnahme von Credit Default Swaps besichert.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Im Rahmen von Immobilien-Einbringungsmodellen der Deutsche-Anlagen-Leasing GmbH haben wir in der Vergangenheit Immobilien veräußert/eingebracht, um die zuvor gebundene Liquidität und die Veräußerungserlöse für die Sparkasse nutzbar zu machen. Es bestehen aus den in diesem Zusammenhang geschlossenen Sale-and-lease-back-Verträgen jährliche Verpflichtungen in Höhe von 2,1 Mio. EUR.

In den jährlichen Verpflichtungen der bis zum Jahr 2031 laufenden Verträge sind Beträge enthalten, die zum Ende der Vertragslaufzeiten eine Übernahme der geleasteten Immobilien zum Buchwert ermöglichen.

Nicht in der Bilanz enthaltene finanzielle Verpflichtungen

Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Sparkasse Leverkusen hat ihren Beschäftigten Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe des „Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K)“ zugesagt. Für die Durchführung der Zusage bedient sich die Sparkasse der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (im Folgenden: RZVK) und somit eines externen Versorgungsträgers. Der Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Mitarbeiter zur Erfüllung des Leistungsanspruchs gemäß ATV-K richtet sich gegen die RZVK, während die Verpflichtung der Sparkasse ausschließlich darin besteht, der RZVK im Rahmen des mit ihr begründeten Mitgliedschaftsverhältnisses (Gruppenversicherungsvertrag) die erforderlichen, satzungsmäßig geforderten Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Maßgeblich für die Höhe der Rentenleistung ist die Summe der vom Beschäftigten bis zum Rentenbeginn erworbenen Versorgungspunkte, die auf Basis des jeweiligen versorgungspflichtigen Entgelts und des Alters der Beschäftigten ermittelt werden.

Die RZVK finanziert die Versorgungsverpflichtungen im Abrechnungsverband I der Pflichtversicherung im Umlageverfahren. Hierbei wird im Rahmen eines 100-jährigen, gleitenden Deckungsabschnittsverfahrens ein Gesamtfinanzierungssatz bezogen auf die versorgungspflichtigen Entgelte der versicherten Beschäftigten ermittelt. Die RZVK erhebt zur Deckung der im ehemaligen Gesamtversorgungssystem vor dem 01.01.2002 erworbenen Versorgungsansprüche ein Sanierungsgeld, das Teil des Gesamtfinanzierungssatzes ist. Der Gesamtfinanzierungssatz (einschl. Sanierungsgeld) beträgt derzeit 7,75 % des versorgungspflichtigen Entgelts; davon entfallen 4,25 % auf die Umlage. Der Finanzierungssatz bleibt im Jahr 2020 unverändert.

Die Gesamtaufwendungen der Sparkasse für die Zusatzversorgung betragen bei versorgungspflichtigen Entgelten von 26.149,3 Tsd. EUR im Geschäftsjahr 2019 2.028,0 Tsd. EUR.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard IDW RS HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung bei einem externen Versorgungsträger wie der RZVK handelsrechtlich eine mittelbare Altersversorgungsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkasse den nach Rechtsauffassung des IDW zu ermittelnden Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen zum 31. Dezember 2019 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich beim Vermögen der RZVK im Abrechnungsverband I um Kollektivvermögen aller Mitglieder handelt (sogenanntes Puffervermögen, das dazu dient, den Finanzierungssatz im umlagefinanzierten Abrechnungsverband I der RZVK stabil zu halten), wird gemäß IDW RS HFA 30 für Zwecke der Angaben im Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB für die Sparkasse anteiliges Vermögen in Abzug gebracht. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag für die Sparkasse auf 62.266,8 Tsd. EUR.

Die Bewertung der Verpflichtungen erfolgte durch den Verantwortlichen Aktuar der RZVK auf der Grundlage des Anwartschaftsbarwertverfahrens, wobei die Heubeck-Richttafeln 2005 G (modifiziert im Hinblick auf die Besonderheiten des Versichertenbestandes), ein Zinssatz von 2,71 % (durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre, der auf Basis der einschlägigen Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank für November 2019 auf den 31.12.2019 fortgeschrieben wurde) bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren (§ 253 Abs. 2 HGB) sowie eine Rentendynamik entsprechend der Satzung der RZVK von 1 % zugrunde gelegt wurden. Da es sich nicht um ein endgehaltsbezogenes Versorgungssystem handelt, ist ein Gehaltstrend nicht zu berücksichtigen. Die Daten des Versichertenbestandes zum 31.12.2019 liegen derzeit noch nicht vor, sodass auf den Versichertenbestand zum 31.12.2018 abgestellt wurde. Anwartschaftszuwächse wurden auf der Grundlage der versorgungspflichtigen Entgelte auf den 31.12.2019 hochgerechnet.

Der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag bezieht sich auf die Einstandspflicht der Sparkasse gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG, nach der diese für die Erfüllung der zugesagten Leistungen einzustehen hat (Subsidiärhaftung), sofern die RZVK die Leistungen nicht selbst erbringt. Hierfür liegen gemäß einer aktuellen gutachterlichen Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars keine Anhaltspunkte vor. Der Verantwortliche Aktuar hat darüber hinaus die Gewährleistung der dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen der RZVK zum 31.12.2018 gemäß § 7 der Satzung der RZVK bestätigt. Er hält somit die Annahmen zur Ermittlung des Gesamtfinanzierungssatzes für angemessen. Das im Abrechnungsverband I der Pflichtversicherung vorhandene Vermögen und die zukünftigen Ansprüche auf Zahlung von Umlagen und Sanierungsgeld reichen danach auf der Grundlage der Annahmen über die weitere Entwicklung des Vermögens und des Versichertenbestandes (einschließlich Neuzugang) aus, um zu jedem Zeitpunkt die bestehenden Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Versicherten zu erfüllen (versicherungsmathematisches Äquivalenzprinzip).

Indirekte Haftung für die Erste Abwicklungsanstalt (EAA)

Als ehemaliger Aktionär der WestLB AG ist der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf – RSGV – mit rd. 25,03 % an der „Erste Abwicklungsanstalt“ beteiligt. Auf diese Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz (FMStFG) wurden in den Jahren 2009 und 2012 Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten der ehemaligen WestLB AG zum Zwecke der Abwicklung übertragen.

Der RSGV ist entsprechend seinem Anteil (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. EUR und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Bis zu einer auf den Höchstbetrag anzurechnenden Höhe von 37,5 Mio. EUR besteht die Verpflichtung, bei Bedarf Eigenkapital zum Ausgleich bilanzieller Verluste zur Verfügung zu stellen.

Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV. Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2019 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht jedoch das Risiko, dass die Sparkasse während der Abwicklungsdauer entsprechend ihrem Anteil am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Die Sparkasse ist verpflichtet, über einen Zeitraum von 25 Jahren aus den Gewinnen des jeweiligen Geschäftsjahres jährlich eine bilanzielle Vorsorge zu treffen. Die Höhe der Vorsorge orientiert sich an unserer Beteiligungsquote am RSGV zum Zeitpunkt der Übernahme der indirekten Verpflichtung im Jahr 2009 (2,0 %). Zum 31.12.2019 beträgt der Anteil 2,1 %. Die Notwendigkeit einer weiteren bilanziellen Vorsorge wird vertragsgemäß von allen Beteiligten regelmäßig überprüft. Neben dem Erreichen eines Mindestvorsorgevolumens muss auf Basis des Abwicklungsplans der Erste Abwicklungsanstalt erwartet werden, dass während der gesamten Abwicklungsdauer kein Verlustausgleich zu leisten ist.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Überprüfung im Jahr 2016 wurde die Dotierung der bilanziellen Vorsorge zum 31.12.2015 b. a. W. ausgesetzt. Die Voraussetzungen für die Aussetzung sind auch zum 31.12.2019 erfüllt.

Die bis zum 31.12.2014 gebildete bilanzielle Vorsorge von 9,0 Mio. EUR in Form der Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB bleibt von der Aussetzung unberührt.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

	Tsd. EUR
Abschlussprüferleistungen (davon für das Vorjahr)	352,9 (34,3)
Andere Bestätigungsleistungen	36,9
Sonstige Leistungen	0,0
Gesamtbetrag	389,8

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Zum Bilanzstichtag stellen sich die Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wie folgt dar:

Art des Geschäfts:	Kredite, Darlehen und Avale inkl. offene Zusagen	Einlagen	Erbringen von Dienstleistungen
	Wert in Mio. EUR	Wert in Mio. EUR	Wert in Mio. EUR
Art der Beziehung:			
Träger der Sparkasse und dem Träger nahe stehende Unternehmen	280,3	44,6	1,5
Tochterunternehmen	0,4	6,4	2,3
Personen in Schlüsselposition sowie nahe Familienangehörige	8,2	2,6	0,0

Darüber hinaus bestanden nicht in Anspruch genommene Kreditlinien sowie nicht vollständig in Anspruch genommene Rahmenavale.

Berichterstattung über die Bezüge und andere Leistungen der Mitglieder des Vorstandes

Für die Verträge mit den Mitgliedern des Vorstands ist der vom Verwaltungsrat gebildete Hauptausschuss zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge.

Vorstand	2019			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage (erfolgsunabhängig)	Leistungs- zulage (erfolgsabhän- gig)	Sonstige Vergütung	Gesamt- vergütung
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Schwarz, Rainer Vorsitzender	437,8	55,9	10,3	504,0
Grawe, Markus stv. Vorsitzender	417,9	53,4	14,1	485,4
Summe	855,7	109,3	24,4	989,4

Für die erfolgsabhängige Leistungszulage, die im Geschäftsjahr 2019 in Höhe von 109,3 Tsd. EUR ausgezahlt wurde, wurde die im Geschäftsjahr 2018 gebildete Rückstellung in Höhe von 87,5 Tsd. EUR vollständig verbraucht.

Die sonstigen Vergütungen betreffen im Wesentlichen Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen.

Im Geschäftsjahr 2019 wurde eine Rückstellung für die erfolgsabhängige Leistungszulage, die in 2020 ausbezahlt wird, gebildet, da die objektiv messbaren Kriterien erfüllt sind. Für Rainer Schwarz wurde eine Leistungszulage in Höhe von 46,0 Tsd. EUR und für Markus Grawe eine Leistungszulage in Höhe von 43,9 Tsd. EUR ermittelt.

Im Falle der Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schwarz und Herr Grawe Anspruch auf Zahlung eines Ruhegeldes, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Die Ansprüche von Herrn Schwarz und Herrn Grawe betragen derzeit 45 % der ruhegeldfähigen Bezüge. Die Ansprüche steigen im Falle einer Wiederbestellung im Laufe der Vertragslaufzeit um 5 %-Punkte. Hinsichtlich des Ruhegeldes besteht eine Regelung für Hinterbliebenenbezüge.

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen. Der Anspruch beträgt dann 55 % der ruhegehaltsfähigen Bezüge zum Zeitpunkt des Eintritts in den Ruhestand.

Auf dieser Basis und unter der Annahme eines Eintritts in den Ruhestand mit Vollendung des 65. Lebensjahres wurde der Barwert der Pensionsansprüche nach versicherungsmathematischen Grundsätzen errechnet.

Vorstand	Im Jahr 2019 der Pensions- rückstellung zugeführt Tsd. EUR	Barwert der Pensions- ansprüche 31.12.2019 Tsd. EUR
Schwarz, Rainer Vorsitzender	551,8	3.611,0
Grawe, Markus stv. Vorsitzender	504,5	2.489,4
Summe	1.056,3	6.100,4

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten für ihre Teilnahme an den Sitzungen eine jährliche Pauschale von 1.700 EUR. Daneben wird ihnen sowie den Mitgliedern von Risikoausschuss, Hauptausschuss und Bilanzprüfungsausschuss eine Entschädigung von 350 EUR je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden von Verwaltungsrat, Risikoausschuss und Bilanzprüfungsausschuss erhalten eine Entschädigung von 700 EUR je Sitzung, die stellvertretenden Vorsitzenden von 525 EUR je Sitzung. Erfolgsbezogene Anteile, Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung sowie Ansprüche bei vorzeitiger oder regulärer Beendigung der Tätigkeit bestehen nicht.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2019 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	Tsd. EUR	Name	Tsd. EUR
Richrath, Uwe	13,9	Arnold, Roswitha	0,4
Hebbel, Paul	12,4	Becker, Ralf	0,4
Ippolito, Peter	11,0	Brosch, Peter	0,4
Ballin-Meyer-Ahrens, Monika	5,4	Freund, Ulrich	0,4
Goldkamp, Petra	3,5	Fuchs, Mark	0,4
Hesse, Marco	4,2	Kreinberg, Andrea	0,4
Jansen, Michael	4,9	Kurzidim, Sabine	0,4
Junkes, Torsten	7,0	Lux, Josefa	0,4
Müller, Rudolf	8,7	Miesen, Bernhard	0,4
Otto, Silke	3,8	Neuendorf, Michael	1,1
Pöschke, Uwe	8,4	Scholz, Rüdiger	0,4
Schoofs, Erhard T.	4,2	Schweiger, Karl	0,4
Seven, Peter Michael	3,8	von Styp-Rekowski, Irmgard	0,7
Tahiri, Sven	6,6	Märtens, Markus	0,4
Zielke, Nicole	4,5		
		Insgesamt	108,9

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 1.216,6 Tsd. EUR gezahlt. Die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2019 15.772,4 Tsd. EUR.

Vorschüsse und Kreditgewährungen an den Vorstand und den Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2019 Kredite, unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale in Höhe von zusammen 336,2 Tsd. EUR und Mitgliedern des Verwaltungsrats und deren Stellvertretern in Höhe von 4.747,5 Tsd. EUR gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2019	2018
Vollzeitkräfte	288	302
Teilzeit- und Ultimo-kräfte	182	187
	470	489
Auszubildende	29	30
Insgesamt	499	519

Offenlegung der Angaben gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen durch Institute

Die offenzulegenden Angaben gemäß der Verordnung (EU) 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen werden auf der Internetseite der Sparkasse (www.sparkasse-lev.de) unter der Rubrik Service-Center / Veröffentlichungen veröffentlicht.

Nachtragsbericht

Die wirtschaftlichen Folgen der im I. Quartal 2020 zunehmenden Ausbreitung des Coronavirus bis zu einer Pandemie haben sich bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 auf die Bewertung eines Teils der von uns gehaltenen Wertpapiere ausgewirkt. Da nach unserer Auffassung – gestützt auf die Einschätzung des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 04.03.2020 – die Pandemie ein sog. wertbegründendes Ereignis ist, sind die bilanziellen Konsequenzen erst im Jahresabschluss 2020 zu berücksichtigen. Die nachfolgend genannten Werte berücksichtigen die Erkenntnisse bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2019; sie stellen keine Prognose auf den 31.12.2020 dar.

Die Reaktion auf den Kapitalmärkten führte zu deutlichen Kursrückgängen eines Teils der von uns gehaltenen Wertpapiere. Daraus ergeben sich zum Ende des I. Quartals (Stand 25.03.2020) potenzielle notwendige Abschreibungen in Höhe von 5,4 Mio. EUR.

Für eine verlässliche Beurteilung der Auswirkungen auf den Kreditbestand ist es zum jetzigen Zeitpunkt noch zu früh. Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse vieler Kreditnehmer in Folge von Umsatzeinbußen deutlich verschlechtert haben bzw. verschlechtern werden, sind in Folge dessen auch erhöhte Bewertungsaufwendungen im Kreditgeschäft zu erwarten.

VerwaltungsratVorsitzendes Mitglied:

Uwe Richrath
Oberbürgermeister

1. Stellvertreter
des vorsitzenden Mitglieds

Paul Hebbel

2. Stellvertreter
des vorsitzenden Mitglieds

Peter Ippolito

Verwaltungsratsmitglieder:

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens
Politikberaterin (selbständig)

Petra Goldkamp
Controllerin WDR

Paul Hebbel
Pensionär

Marco Hesse
Sparkassenangestellter

Peter Ippolito
Pflegedirektor Klinikum Leverkusen

Michael Jansen
Bereichsleiter Energieversorgung Leverkusen

Torsten Junkes
Sparkassenangestellter

Rudolf Müller
Rentner

Silke Otto
Sparkassenangestellte

Uwe Pöschke
Sparkassenangestellter

Erhard T. Schoofs
Pensionär

Peter Michael Seven
Geschäftsführer Peter Seven GmbH

Sven Tahiri
kaufm. Angestellter Avea

Nicole Zielke
Sparkassenangestellte

Stellvertreter:

Ulrich Freund
Rentner

Michael Neuendorf
Projektgenieur DB ProjektBau GmbH

Rüdiger Scholz
Landtagsabgeordneter

Sabine Kurzidim
Sparkassenangestellte

Josefa Lux
Landtagsabgeordnete

Roswitha Arnold
Projektleiterin LVR

Andrea Kreinberg
Sparkassenangestellte

Bernhard Miesen
Immobilienmakler und -verwalter (selbständig)

Mark Fuchs
Sparkassenangestellter

Peter Brosch
Sparkassenangestellter

Karl Schweiger
Pensionär

Irmgard von Styp-Rekowski
Hausfrau

Heike Bunde
kaufm. Angestellte Covestro

Ralf Becker
Sparkassenangestellter

Vorstand

Rainer Schwarz
Vorsitzender

Markus Grawe
stv. Vorsitzender

Leverkusen, den 27. März 2020

Der Vorstand

Rainer Schwarz

Markus Grawe

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

zum 31. Dezember 2019

("Länderspezifische Berichterstattung")

Die Sparkasse Leverkusen hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland. Die Tätigkeit der Sparkasse Leverkusen besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Sparkasse Leverkusen definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien etc., Erträge aus Gewinngemeinschaften etc., Provisionserträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge. Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2019 77.565,2 Tsd. EUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 408.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 10.614,3 Tsd. EUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 7.724,1 Tsd. EUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern. Die Sparkasse Leverkusen hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.